Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, 1; Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 87. **Halle a. S., Dienstag, den 22. Februar.** **1910.**

Trauerfeier für Graf Stolberg im Reichstage.

41. Sitzung, Montag, den 21. Februar 1910.

Der Präsidentenstuhl ist schwarz umflort.

An den Tischen des Bundesrats haben der Reichskanzler, die Chefs sämtlicher Reichsämter und eine Reihe preußischer Minister auf der einen Seite, auf der anderen Seite sämtliche Vertreter der anderen Bundesstaaten Platz genommen. In der Loge sind in Begleitung eines kaiserlichen Adjutanten die Damen des Stolbergschen Hauses mit dem Schwiegersohn des verstorbenen Präsidenten, dem Grafen Eulenburg-Preschen, erschienen.

Die Abgeordneten in schwarzer Kleidung sind sehr zahlreich anwesend.

Vizepräsident Dr. Spahn

tritt neben den Sessel des Präsidenten und hält, während die Versammlung sich erhebt, folgende Ansprache:

Ich habe dem hohen Hause eine traurige Mitteilung zu machen. Mit bangem Zagen sind wir den Nachrichten gefolgt, die seit Wochen über das Befinden unseres Präsidenten uns zugekommen sind. Tief erschüttert hat uns die Kunde getroffen, daß unser Präsident uns entrissen ist. Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode, der von uns allen Hochverehrte, lebt nicht mehr. Der Herr über Leben und Tod hat am Sonnabend abend 6½ Uhr seinem zeitlichen Wirken ein Ziel gesetzt. Das erstemal hat der Tod dem hohen Hause seinen Präsidenten mitten aus seiner Tätigkeit heraus hinweggenommen. Auf den Schlachtfeldern Böhmens und Frankreichs hat der Entschlafene in blutigem Ringen dem deutschen Volk des neuen Reiches Herrlichkeit mit erstritten. Bei Königgrätz lag er schwer verwundet. In Liebe zu Kaiser und Reich hat er seine volle Kraft im öffentlichen Leben wie im Verwaltungsdienst mit der gleichen Begeisterung wie draußen für die Ehre und Größe des Vaterlandes, im Innern für des Volkes Wohl und Heil erfolgreich eingesetzt. Im Reichstag vertrat er den Wahlkreis Oletzko-Lyck-Johannesburg. In fast 30jähriger Zugehörigkeit zu unserem Hause haben wir in der gemeinsamen Arbeit für das Reich die edelmännische Gesinnung des Verstorbenen schätzen gelernt. Der Reichstag ist seiner Persönlichkeit durch die Wahl zu seinem Präsidenten gerecht geworden und hat ihm damit den Tribut seiner Anerkennung gezollt. Seines Amtes hat er mit Treue, Liebenswürdigkeit und Unparteilichkeit, mit Sachkunde und Geschäftskenntnis gewaltet. Unter seinem Präsidium hat der Reichstag Beschlüsse gefaßt, die für die Geschicke des deutschen Volkes von weittragender Bedeutung sein werden. Der Tod hat ihn uns wie der gräflich Stolbergschen Familie nach menschlichem Ermessen zu früh entrissen. Nicht einmal den siebzigsten Geburtstag hat er erreicht. Doch der Wert des menschlichen Lebens wird nicht durch seine Länge bestimmt. Gute Arbeit gibt herrlichen Lohn. Für die Mühen, Arbeiten und Sorgen, welche der Verstorbene unserem Hause und dem deutschen Volke gewidmet hat, wird ihm mit uns das deutsche Volk ein dauerndes und warmes Gedenken bewahren. An dem unersetzlichen Verlust, den die gräflich Stolbergsche Familie erlitten hat, nehmen wir tiefgefühlten und innigen Anteil. Unsere aufrichtige Anteilnahme möge dazu beitragen, den Schmerz der Familie zu lindern. Das hohe Haus bitte ich, mich zu ermächtigen, der Frau Gräfin und der gräflichen Familie unsere Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen. Da niemand widerspricht, nehme ich an, daß diese Ermächtigung hiermit erteilt ist.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Der schwere Verlust, den der Reichstag durch den Tod seines Präsidenten erlitten hat, wird von den Verbündeten Regierungen schmerzlich mitempfunden. Der deutsche Kaiser und der Bundesrat fühlen sich eins mit dem Reichstag in der Würdigung der Verdienste, die sich der Verstorbene um das Wohl des Reiches erworben hat. Die Pflichten eines hohen Amtes waren ihm Inhalt seines Lebens, und ihre Erfüllung sichert dem kerndeutschen Mann Achtung, Dankbarkeit und Liebe nicht nur im Reichstage, sondern bei allen, welche berufen waren, in Gemeinschaft mit ihm dem Vaterlande zu dienen.

Vizepräsident Dr. Spahn:

Eingegangen ist ein Beileidstelegramm Sr. Kgl. Hoheit des Prinzregenten Luitpold von Bayern aus Hohenschwangau:

„Dem Präsidium des Deutschen Reichstags spreche ich aus Anlaß des schweren Verlustes, den es durch den Heimgang seines hochverdienten Präsidenten, des Grafen Udo von Stolberg-Wernigerode, erlitten hat, mein aufrichtiges Beileid aus."

Ferner folgendes Telegramm von dem früheren Präsidenten, Grafen von Ballestrem:

„Euer Hochwohlgeboren erlaube ich mir, meine tiefgefühlte Teilnahme für den schweren Verlust auszusprechen, den der Reichstag und sein Präsidium aus Anlaß des Hinscheidens des Präsidenten Grafen von Stolberg-Wernigerode, meines langjährigen Mitarbeiters und Nachfolgers, erlitten hat und bitte diese dem Hause zur Kenntnis zu bringen."

Weitere Beileidsbezeugungen sind von den Regierungen von Bayern, Baden, Württemberg und Hessen eingegangen und werden von dem Schriftführer verlesen. Ebenso eine Beileidskundgebung namens des Hauses der Abgeordneten.

Vizepräsident Dr. Spahn:

Ich schlage Ihnen vor, die heutige Sitzung nicht abzuhalten, sondern die Verhandlungen abzubrechen. — Da niemand widerspricht, nehme ich Ihr Einverständnis an.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Reichskontroll-Gesetz; Etat des Reichsamts des Innern.

Schluß 1½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung, 21 Februar 1910.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten mit folgendem Nachruf:

Der Deutsche Reichstag ist durch den Tod seines Präsidenten, des Grafen Stolberg, in tiefe Trauer versetzt worden. An dieser Trauer um den hochverehrten und hochverdienten Mann nimmt auch das Abgeordnetenhaus herzlichsten und innigsten Anteil. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, habe ich dem Reichstage und der Familie des Verstorbenen diese Teilnahme zum Ausdruck gebracht. Auch werde ich namens des Abgeordnetenhauses an der Bahre des Verstorbenen einen Kranz niederlegen lassen. Das Abgeordnetenhaus hat sich zum Andenken des Verewigten von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Es folgt die Beratung des konservativen Antrages Ahrens (Klein-Flöthe) wegen Aenderung der Geschäftsordnung in bezug auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Einschränkung von langen Reden.

Abg. Dr. v. Heydebrand: Die Vorgänge, die den Antrag veranlaßt haben, sind bekannt genug. Es fehlt in unserer Geschäftsordnung an Bestimmungen, die ausreichen, um ein derartiges demonstratives Vorgehen abwehren zu können, wie wir es hier von einer Seite des Hauses beim Empfange des Ministerpräsidenten gelegentlich der Wahlrechtsvorlage beobachtet haben. Solche Bestimmungen sind im Reichstag und auch in außerdeutschen Ländern, wie Frankreich und England, vorhanden. Die Macht und Bedeutung der Parlamente beruht zum großen Teil auf der Würde ihres Verhaltens. (Sehr richtig! rechts.) Aus diesem Grunde schlagen wir eine Aenderung unserer Geschäftsordnung vor, die unbedingt dahin gehen muß, daß derartiges nicht wieder vorkommt. Dann wollen wir die allzu langen Reden einschränken. In 1½ Stunden kann wohl ziemlich alles gesagt werden, was zur Erschöpfung eines Gegenstandes notwendig ist. Man sollte dann das Haus befragen, ob es den Redner noch weiter zu hören wünscht. Wenn die Bestimmungen nicht zur Anwendung kommen, dann um so besser, dann schaden sie niemand. Wir wollen auch gleich bei der Gelegenheit für Abstellung solcher Vorkommnisse sorgen. (Beifall rechts.)

Abg. **Herold** (Ztr.):

Wir haben das Auftreten der Sozialdemokraten mißbilligt, es war aber ein Einzelfall, und es fragt sich, ob wir schon jetzt eine Aenderung der Geschäftsordnung eintreten lassen sollen. Die Einschränkung der Redezeit hat auf den ersten Blick etwas bestechendes. Andererseits liegt aber doch in der Beschränkung dieser Rededauer eine Beschränkung des einzelnen. Die Geschäfte des Hauses werden nicht durch außergewöhnlich lange Reden aufgehalten, sondern dadurch, daß die Reden im Parlament immer länger geworden sind. Wir werden den Antrag in der Geschäftsordnungskommission eingehend prüfen.

Abg. Dr. **Rewoldt** (frk.):

Auch wir fordern wirksame Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Würde des Hauses.

Abg. **Lusensky** (nl.):

Wir müßten vor dem Glauben warnen, als ob es möglich wäre, durch Aenderung der Geschäftsordnung ein Vollwerk gegen alle Unordnungen aus dem Hause zu schaffen. Nicht das geschriebene Wort, sondern der Geist in diesem Hause sichert uns die Ordnung. Auch die schärfsten Bestimmungen reichen nicht zur Abhilfe aus. Es wird zu prüfen sein in der Kommission, ob die letzten Vorgänge von symptomatischer Bedeutung sind, ob die Sozialdemokraten nicht geneigt sind, sich der Ordnung zu fügen. Wollen sie das nicht, sind wir gern zu einer Verschärfung der Geschäftsordnung bereit. Unsere endgültige Stellungnahme hängt von den Ergebnissen der Kommissionsberatung ab.

Abg. Dr. v. **Jazdzewski** (Pole):

Meine Fraktion mißbilligt das Verhalten der Sozialdemokraten. Aber dieses eine Vorkommnis, das sich hoffentlich nicht wiederholen wird, da es ja keinen Eindruck gemacht hat, kann nicht Anlaß zur Aenderung der Geschäftsordnung sein. Andere Parlamente haben schärfere Bestimmungen, und es nützt doch nichts. In Oesterreich haben wir doch richtige Skandalszenen. Auch haben wir in anderen Parlamenten längere Reden als hier.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.):

Die Würde des Hauses zu wahren, sind wir jederzeit bereit. Aber ein Vorkommnis kann nicht Anlaß zur Aenderung der Geschäftsordnung sein. So ab irato können wir nicht Aenderungen treffen. Der Antrag betreffs der Einschränkung der Redezeit würde hauptsächlich die Minorität treffen. Wir lehnen darum die Vorschläge ab. (Beifall links.)

Abg. **Borgmann** (Soz.):

Die Aeußerungen des Abg. v. Oldenburg im Reichstage stellen eine schwere Beleidigung des Reichstages, eine Disziplinlosigkeit dar (Gelächter rechts), die noch dazu hochverräterische Bestrebungen enthielt. (Erneutes Gelächter rechts.) Auch hat der frühere Reichstagspräsident Graf Ballestrem dem Fürsten Bismarck „Pfui" entgegengerufen. Da hat man auch die Geschäftsordnung nicht gleich geändert. Beschließen Sie aber, was Sie wollen, es wird der Tag kommen, wo die preußische Junkerherrschaft hinsinkt, Heydebrandt und das Volk des ungekrönten Königs. (Schallendes, andauerndes Gelächter rechts.)

Die Besprechung schließt. Der Antrag wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Der Etat der Preußenkasse.

Abg. **Meyenschein** (kons.):

Die Genossenschaften werden ein immer wichtigerer Faktor in unserem öffentlichen Leben. Die Vorwürfe wegen des Zusammenbruchs der Eltviller Winzergenossenschaft sind unbegründet. Die Zentraldarlehnskasse habe getan, was sie konnte, um das Eltviller Unglück wieder gut zu machen. Wenn sie dabei noch nicht weitergekommen sei, so liege das daran, daß von Außenstehenden die Aktion immer wieder gestört wurde. Das System, das Dr. Crüger empfiehlt, ist das System der Systemlosigkeit. Er läßt einfach die Dinge laufen und die Leute untergehen.

Abg. Dr. **Grunenberg** (Ztr.)

empfiehlt die Gewährung zinsfreier Darlehen an Handwerker.

Abg. Dr. **Crüger** (frs. Vp.)

wendet sich gegen diesen Vorschlag, durch den dem Handwerk nicht geholfen werde. Die Sanierung einzelner Genossenschaften sei nicht Aufgabe der Preußenkasse. Ihm sei es nie beigekommen, zu sagen, man solle die Dinge laufen lassen. Eingreifen soll man, aber mit den richtigen Mitteln. Unerfindlich sei, wie man eine Aufgabe der Genossenschaften darin sehen könne, an der Entschuldungsaktion mitzuarbeiten. Durch den Quittungs- und Scheckstempel werde der Depositenverkehr der Genossenschaften unnötig erschwert.

Abg. **Kreth** (kons.):

Es wird dem Abg. Crüger nicht gelingen, das „Scheusal" Zentralgenossenschaftskasse zu diskreditieren. Von einem Rattenschwanz von Genossenschaften, mit denen die Preußenkasse behaftet sein soll, ist keine Rede. Die Zusammenbrüche von Genossenschaften sind keineswegs eine Folge des Systems, sondern der Unfähigkeit oder Unehrlichkeit Einzelner. Wir vom Raiffeisenverband haben stets betont, daß unsere Teilnahme an der Entschuldung die Erhaltung der Liquidität der Genossenschaften zur Voraussetzung hat. Die Eltviller Genossenschaft ist gegründet worden von Weinbauern, die sich am Rande des Ruins sahen. Der Versuch, sich durch die Genossenschaft zu helfen, ist mißglückt. Der Staat ist an der mißlichen Lage der Winzer schuld, er muß auch für sie eintreten. (Beifall rechts.)

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. **Heiligenstadt**:

Die Handwerker werden gegenüber den Landwirten nicht zurückgesetzt. Die Preußenkasse hat für beide das denkbar möglichste getan. Es ist aber nicht ihre Aufgabe, Dotationen zu gewähren. Darlehen können nur gegeben werden, wenn sich die Sicherheit bietet, daß sie zurückgezahlt werden. Von den Handwerkergenossenschaften ist 1906 und 1907 der Kredit in erheblich stärkerem Maße in Anspruch genommen, als von der ländlichen. Wird ein irgendwie mögliches Kreditgeschäft proponiert, sind wir stets bereit, zu helfen. Mittel dazu sind ausreichend vorhanden. Aus einzelnen Unfällen kann man nicht Angriffe auf das System richten. Der schöne Vers aus der „Glocke": „Wohltätig ist des Feuers Macht, wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht", paßt auch auf das Kreditwesen. Auch in Genossenschaften, die Herrn Crüger nahestehen, sind erhebliche Verluste vorgekommen. An Entschuldungsaktionen haben wir bisher noch nicht teil genommen. Die Angriffe deshalb sind also verfrüht.

Abg. Dr. **Glatzel** (nl.):

In der Entschuldungsfrage sind einige Genossenschaften offenbar schon vorgegangen. Hoffentlich sind es ältere und erfahrene Genossenschaften. Denn sonst stehe ich auf dem Standpunkt Dr. Crügers, daß Genossenschaften sich auf die Sache nicht einlassen sollen, wenn sie es nicht ohne Gefährdung ihrer Lage tun können. Die Genossenschaften sollten sich mehr der Ueberlandzentralen annehmen. Der Entwicklung der Preußenkasse sehen wir mit Vertrauen entgegen.

Abg. Dr. **Crüger** (frs. Vp.):

Ich erkenne durchaus an, daß der Zusammenbruch einzelner Genossenschaften auf die Unzuverlässigkeit der Beamten zurückzuführen ist. Das kann überall passieren. An dem Eltviller Zusammenbruch trägt nicht allein die Unehrlichkeit der Beamten schuld, sondern der billige Kredit der Preußenkassen, der die Winzer zu kostspieligen Luxusbauten, wie großen Weinkellern in allen möglichen Städten verführt hat.

Präsident **Heiligenstadt**:

Dr. Crüger schiebt alles der Preußenkasse in die Schuhe. Wir geben nur dort unsere Zustimmung, wo die Verhältnisse klar liegen.

Der Etat wird genehmigt.

Der Antrag v. Brandenstein (kons.) über die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen der Staatseisenbahnverwaltung und den Anliegern geht an eine Kommission.

Es folgt die Beratung des Antrags Aronsohn (frs. Vp.) über die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Abg. Dr. **Flesch** (frs. Vp.)

begründet den Antrag. Wir wollen an Stelle des einseitigen Arbeitsnachweises in irgend einem Gewerbe den öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweis, der dazu dienen soll, einen allgemeinen Ueberblick über den gesamten Arbeitsmarkt zu geben. Es handelt sich hier, wie bei den Moorkulturen, um brachliegende Gebiete, deren Bearbeitung wichtige sozialpolitische Aufgaben der Gegenwart sind. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Grunenberg** (Ztr.):

Die öffentlichen Arbeitsnachweise müssen mehr von der Regierung unterstützt werden, als bisher. Ich beantrage Ueberweisung des Antrages an eine besondere Kommission.

Abg. Dr. **Schröder-Cassel** (nl.)

fordert Ueberweisung des Antrages an die Kommission für Handel und Gewerbe.

Abg. **v. Gescher** (kons.):

Auch wir sind für Kommissionsberatung, betonen aber schon

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100222010/fragment/page=0001

setzt, daß wir den Standpunkt, daß nur öffentliche Arbeitsnachweise empfehlenswert sind, nicht teilen.

Abg. **Krause**-Waldenburg (frk.):

Die öffentlichen Arbeitsnachweise müssen sich auf die Vermittlung von Arbeit beschränken. Alles andere ist vom Uebel. Wenn staatliche Zuschüsse gegeben werden, müssen auch Kautelen geschaffen werden, daß sie unter keinen Umständen ihre Befugnisse überschreiten.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Warum ist die Regierung nicht vertreten? Sie scheint noch weniger Verständnis für die Sache zu haben, als dieses Haus. Wir sind für paritätische Arbeitsnachweise, weil die Arbeiter durch die Unternehmernachweise brutalisiert werden.

Abg. **Hirsch**-Essen (ntl.)

weist diese Vorwürfe zurück.

Abg. Dr. **Flesch** (frs. Vp.)

erklärt im Schlußwort, die Regierung fehle wohl nur, weil sie geglaubt habe, der Antrag werde debattelos angenommen werden.

Der Antrag geht an die Kommission für **Handel und Gewerbe**.

Mittwoch 11 Uhr: Erweiterung der Stadtkreise Magdeburg, Spandau, Etats des Ministeriums des Auswärtigen, Ministerium des Innern.

Schluß 3¾ Uhr.

Deutsches Reich.

Dem verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg-Wernigerode

widmet die „Nordd. Allg. Ztg." folgenden Nachruf:

Mit aufrichtiger Trauer wurde am Sonnabend zu später Stunde die Nachricht aufgenommen, daß der Präsident des Reichstages, Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, infolge seines Erkältungsleidens gegen 7 Uhr abends an Lungenlähmung hingeschieden sei. Der deutsche Reichstag erleidet durch den Tod seines Präsidenten — zum ersten Male ist ein solcher Fall während der Amtierungsfrist eingetreten — einen überaus schmerzlichen Verlust. Hatte es doch Graf Stolberg wie wenige seiner Vorgänger verstanden, sich durch gewissenhafte Sachlichkeit und eine glückliche Vereinigung von Energie mit ruhiger Gelassenheit die allgemeine Verehrung zu erwerben. Alle Parteien des Hauses zeigten die höchste Achtung vor der unparteiischen Gerechtigkeit seines Waltens, erkannten die gewandte und sichere Geschäftsführung des Grafen Stolberg dankbar an und erfreuten sich an seinen durchaus verbindlichen Umgangsformen. Die konservative Partei aber, aus der er vor genau drei Jahren, am 20. Februar 1907, austrat, um den Präsidentenposten zu übernehmen, hat in dem Grafen Udo zu Stolberg-Wernigerode einen der hervorragendsten, angesehensten und zugleich beliebtesten Vertreter ihrer Anschauungen verloren. So bleibt der zugleich würdigen und freundlichen, immer aber im besten Sinne vorbildlichen Erscheinung des nun heimgegangenen Reichstagspräsidenten sowohl im engeren Kreise wie weit über Parlament und Partei hinaus dauernd ein treues Gedenken bewahrt.

Der „Reichsanzeiger" schreibt:

Der Präsident des deutschen Reichstages, Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode, ist am Sonnabend abend nach mehrwöchiger schmerzlicher Krankheit entschlafen; eine Lungenentzündung, die Folge einer Erkältung, hat ihn in der vollen körperlichen und geistigen Frische nahe vor der Vollendung seines 70. Lebensjahres dahingerafft.

Dem Reichstage gehörte der Entschlafene bereits seit 1877 mit Unterbrechungen an; anfangs als Vertreter des 10. Königsberger Wahlkreises (Rastenburg, Gerdauen, Friedland), später als Vertreter des 6. Gumbinner Wahlkreises (Oletzko, Lyck, Johannisburg). Von Anfang an nahm er an den Arbeiten des Reichstages eifrigen und tätigen Anteil; eine Zeitlang leitete er als Vorsitzender die Verhandlungen der wichtigen und arbeitsreichen Fachkommission für den Reichshaushalt. Ende 1901 wählte ihn der Reichstag nach dem Rücktritt des Abgeordneten Dr. v. Frege-Weltzien zum ersten Vizepräsidenten und nach mehrjähriger ununterbrochener Verwaltung dieses Amtes wurde er mit dem Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode von dem Hause zum Präsidenten des deutschen Reichstages gewählt. Als Mitglied des Reichstages erwarb er sich durch sein offenes, gerades und entgegenkommendes Wesen die allgemeine Achtung und Zuneigung. Seine Leitung der Geschäfte des Reichstages, die stets unparteiisch und gerecht, umsichtig und tatkräftig war, fand bei allen Mitgliedern des Hauses ungeteilte Anerkennung und Wertschätzung.

*

Der Witwe des verstorbenen Reichstagspräsidenten sind folgende Telegramme zugegangen:

Auf das schmerzlichste bewegt durch die Nachricht von dem Tode Ihres Gatten, den Ich schon auf dem Wege der Besserung hoffte, spreche Ich Ihnen aus, wie Ich mit herzlichster und innigster Teilnahme Ihrer gedenke. Das Abscheiden Ihres Gatten ist ein sehr großer Verlust für Mich und das Reich, um das er sich aufopferte. Seine hohen Verdienste und seine ehrwürdige und vornehme Persönlichkeit wird Mir stets unvergeßlich sein. Sie aber möge Gott in Ihrem großen Schmerze trösten.

Wilhelm I. R.

Tief erschüttert von der Nachricht des Ablebens Ihres Mannes spreche Ich Ihnen, liebe Gräfin, mein von Herzen kommendes Beileid aus. Gott stehe Ihnen bei, gebe Ihnen wie bisher Kraft in diesem großen Schmerz. Ich gedenke auch Ihrer armen Kinder beim Ableben des Vaters.

Auguste Viktoria.

Anläßlich des Hinscheidens Ihres Herrn Gemahls sprechen Euerer Exzellenz die Kronprinzessin und ich unsere aufrichtigste und herzlichste Teilnahme aus.

Wilhelm, Kronprinz.

Zum Besuch Aehrenthals in Berlin

schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.":

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern wird am Dienstag in Berlin eintreffen, um den Besuch zu erwidern, den der Reichskanzler von Bethmann Hollweg im vorigen Herbst in Wien abgestattet hat. Als Leiter der politischen Geschicke der uns verbündeten Monarchie ist Graf von Aehrenthal des herzlichen Empfanges sicher. Die Sympathien, mit denen wir seinem Besuche entgegensehen, werden vertieft durch die frische Erinnerung an Ereignisse von historischer Bedeutung, bei denen sich die Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche bewährte. In dieser Periode gilt dem Grafen von Aehrenthal eine weithin sichtbare Rolle beschieden gewesen. Als furchtloser und unerschütterlicher Verfechter der ihm anvertrauten Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie hat er sich einen Ehrenplatz in der Geschichte des Habsburgischen Reiches erworben. Die Pflege der Beziehungen zu Deutschland hat er, alten Traditionen und eigener Ueberzeugung folgend, mit einem Vertrauen behandelt, das ebenso rückhaltlos erwidert wie gegeben wird. Unter diesem Zeichen gegenseitigen Vertrauens wird auch sein Besuch in der deutschen Hauptstadt stehen. Wir begrüßen den ausgezeichneten Staatsmann in Berlin und heißen ihn von Herzen willkommen.

*

* **Der österreichische Minister des Aeußern Graf Aehrenthal** ist heute früh um 7 Uhr in Berlin eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen. Auf dem Rückwege nach Wien wird er am 25. früh in München eintreffen und um 11 Uhr vom Prinzregenten empfangen werden. Vorher wird Aehrenthal den bayerischen Ministerpräsidenten v. Podewils und den Prinzen Ludwig besuchen. Am 26. setzt er seine Reise nach Wien fort.

Das ländliche Fortbildungsschulwesen in Preußen.

= Wenn von der Regierung das Ziel als erstrebenswert hingestellt wird, daß für jede Landgemeinde und für jeden großen Gutsbezirk eine Fortbildungsschule geschaffen werden soll, so ergibt die jetzt veröffentlichte Statistik über das Jahr 1908, daß wir von diesem Ziel in Preußen noch weit entfernt sind. Nach dieser Statistik entfallen auf eine ländliche Fortbildungsschule in Ostpreußen, 13,9 Landgemeinden und Gutsbezirke, in Westpreußen 30,7, in Brandenburg 29,0, Pommern 36,6, Posen 14,9, Schlesien 22,4, Sachsen 36,3, Schleswig-Holstein 10,1, Hannover 9,2, Westfalen 6,3, Hessen-Nassau 3,4, Rheinprovinz 9,9 und Hohenzollern 2,3. Hieraus ergibt sich, daß Hessen-Nassau und Hohenzollern dem angestrebten Ziele am nächsten kommen und daß Westfalen, Schleswig-Holstein, Hannover, Posen, Ostpreußen und die Rheinprovinz einen hohen Entwicklungsstand erreicht haben, während Brandenburg, Westpreußen, Schlesien, Pommern und Sachsen in geradezu auffallender Weise zurückgeblieben sind.

Die Regierungsbezirke kommen dem idealen Ziele in größerer Zahl näher als die Provinzen. Voran steht der Regierungsbezirk Münster; dann folgen Sigmaringen, Wiesbaden, Aachen, Allenstein, Osnabrück, Kassel, Stade, Köln, Minden, Hannover, Posen und Schleswig, während Breslau, Frankfurt und Königsberg am weitesten zurückstehen. Als Unikum steht der Regierungsbezirk Stralsund da, der gar keine Fortbildungsschulen aufweist. Im ganzen hatte Preußen 3789 Fortbildungsschulen im letzten Jahre. Von diesen hatten: Ostpreußen 527 Schulen, Westpreußen 106, Brandenburg 174, Pommern 123, Hannover 334, Schlesien 394, Sachsen 113, Schleswig-Holstein 202, Hannover 472, Westfalen 236, Hessen-Nassau 730, Rheinprovinz 316 und Hohenzollern 54. Mit Ausnahme von 7 Schulen im Regierungsbezirk Oppeln weisen die Schulen keinen fachlichen Unterricht auf. Die Schulen wurden von 50 060 Schülern besucht, die von 5257 Lehrern unterrichtet werden.

Die Klagen über Steuerhinterziehung

sind auch in Bayern zu Hause. Im Steuerausschuß der Bayerischen Reichsratskammer verwies Finanzminister von Pfaff darauf, daß für die gegenwärtige Finanzperiode 1910/11 wieder 26 Millionen Mark Kapitalrente mehr zur Steuer in Bayern angemeldet worden seien. Auch in der verflossenen Finanzperiode hat die Mehrung 26 Millionen Mark betragen. Der Finanzminister glaubt, daß der im Jahre 1906 ausgeschriebene Generalpardon für Steuerhinterziehungen die Ursache hierfür sei. Weiter nimmt der Minister an, daß mindestens noch 20 bis 24 Millionen Mark Kapitalrente in Bayern bei der Steuer hinterzogen würden. Reichsrat, Geheimrat von Auer, der Vizepräsident des Reichsrats, erklärte, daß die Erbschaftssteuer das beste Mittel gegen die Steuerhinterziehung gewesen wäre, eine Aeußerung, die für ein deutsches Herrenhaus und zumal für ein so feudal zusammengesetztes wie das bayerische, immerhin recht bemerkenswert ist.

Parlamentarisches.

Der zwölfte Reichstagspräsident.

Für die Würde des Präsidenten des Deutschen Reichstages ist das Mitglied der konservativen Partei Graf von Schwerin-Löwitz in Aussicht genommen. Er wird der zwölfte Präsident seit Errichtung des Reichstages sein. Seine Vorgänger waren:

1867—1873 Simson.
1874—1879 v. Forckenbeck.
1879 O. Th. von Seydewitz.
1880—81 A. Graf von Arnim Boitzenburg.
1881 G. von Goßler.
1881—1884 von Levetzow.
1884—1888 W. v. Wedell-Piesdorf.
1888—1895 v. Levetzow.
1895—98 Freiherr von Buol-Berenberg.
1898—1906 F. Graf von Ballestrem.
1907—1910 U. Graf von Stolberg.

Graf Schwerin gehört dem Reichstage seit dem Jahre 1890 an. Er vertritt den Wahlkreis Stettin 1 (Anklam-Demmin) und steht gegenwärtig im 63. Lebensjahre. Er ist seit 1900 Präsident des deutschen Landwirtschaftsrats, Vorsitzender des Königlichen Landes-Oekonomie-Kollegiums und seit 1886 Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Pommern. Er bekleidet am Hofe die Charge eines Kammerherrn und Erbküchenmeisters.

Der Seniorenkonvent des Reichstags trat gestern vor der Plenarsitzung zusammen. Zur Beisetzung des Grafen Stolberg in der Familiengruft am Donnerstag wird der Reichstag eine Deputation entsenden. Am Sonnabend und am Montag findet, wie schon früher vereinbart, keine Sitzung statt. Um die Fertigstellung des Etats zu ermöglichen, wird der Reichstag aber nicht schon am 18. März in die Osterferien gehen können, sondern in die Karwoche hineintagen.

Parteinachrichten.

Bei der Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Hagen wurden 509 Stimmen abgegeben, welche sämtlich auf den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei Fabrikanten August Bilstein in Wörde entfielen. Dieser ist somit gewählt.

Kleine politische Nachrichten.

Der Gesamtvorstand des Verbandes deutscher Beamtenvereine trat unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Just in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Außer den in Berlin ansässigen Mitgliedern des Vorstandes waren Vertreter der Vereine Altona, Köln, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, München, Straßburg sowie des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens erschienen.

Der Bezirkslehrerverein in Nürnberg

beschloß einstimmig gegenüber der Maßregelung des Redakteurs der „Bayerischen Lehrerzeitung", Meyerhöfer, eine Resolution, welche in dem Kampfe um die Einführung der fachmännischen Schulaufsicht eine Arbeit zum Wohle der Schule, der Volksbildung und des Staates erblickt, das Recht freier Meinungsäußerung für den Lehrerstand beansprucht und den Gemaßregelten der unbedingten Unterstützung des Vereins versichert.

Waldschutzkonferenz.

Am 24. Februar findet im Berliner Rathause eine Konferenz von Vertretern sämtlicher Orte Groß-Berlins statt, um ein einheitliches Vorgehen in der Waldfrage zu beschließen.

Kundgebung der Antiduell-Liga.

Aus München wird gemeldet: Die Antiduell-Liga bereitet, angeregt durch die Rede des Prinzen Georg, der im Reichsrat Duelle in gewissen Fällen gutgeheißen hat, eine große Kundgebung vor.

Ein deutscher Handelsattaché für Peking.

Herr O. Kleemann, der mehrere Jahre hindurch in Tientsiner Handelshäusern tätig gewesen ist, ist dem Vernehmen nach der deutschen Gesandtschaft in Peking als kaufmännischer Berater und Handels-Sachverständiger zuerteilt worden.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser nahm heute vormittag im Königlichen Schlosse den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rates von Valentini, entgegen und besuchte dann den Reichskanzler.

* Zum Nachfolger des Grafen v. Tattenbach als deutscher Botschafter in Madrid ist der Gesandte in Lissabon Prinz Max zu Ratibor und Corvey ausersehen.

Ausland.

Zur Ermordung des ägyptischen Premierministers.

\# Der ägyptische Premierminister Butros Pascha ist bei dem wider ihn verübten Attentat so schwer verletzt worden, daß er, wie aus Kairo gemeldet wird, gestorben ist. Der Mörder, der Apotheker Ibrahim Wardani, sagt, er habe die Tat verübt, weil er in Butros Pascha einen Verräter an der Sache des Vaterlandes erblicke. Butros Pascha sei für die Denschawaiaffäre verantwortlich, er habe das Preßgesetz in einem gegen die Nationalisten gerichteten Sinne revidiert und die Verlängerung der Suezkanalkonvention unterstützt. Wardani studierte in Kairo, ging 1906 nach Lausanne, erwarb in England sein Diplom als Apotheker und kehrte vor einem Jahre nach Aegypten zurück.

Auf den öffentlichen Gebäuden in Kairo ist aus Anlaß des Todes des Ministerpräsidenten Butros halbstock geflaggt. Extrablätter melden die Trauerbotschaft, die großen Schrecken hervorruft. Ein englischer Arzt Dr. Milton hat Butros im Krankenhaus operiert. Die Eingeweide waren nicht verletzt, der Magen aber durchlöchert. Der Mörder war in Genf Korrespondent des Nationalistenblattes „Lewa". Er hat den politischen Mord eingestanden und sich zur Propaganda der Tat bekannt. Die Polizei hat fünfzig Personen, darunter mehrere Frauen, verhaftet, die ein politisches Komplott gebildet haben. Der Khedive hat den Ministerrat berufen und beschlossen, das Portefeuille des Auswärtigen vorübergehend dem Unterrichtsminister Saad-Pascha Zaglul zu übertragen.

Der neue Bürgermeister von New York,

Mr. William J. Gaynor, scheint der erste Bürgermeister der amerikanischen Metropole zu sein, der die Geschäfte seiner Stadt in wirklich geschäftsmäßiger Weise zu führen entschlossen ist. Mr. Gaynor wurde als Tammany-Kandidat zum Bürgermeister von Newyork erwählt, aber zur großen Ueberraschung der Tammany Hall Clique weigert er sich entschieden, die Ansprüche der Anhänger der Tammany Clique auf besondere Berücksichtigung bei der Vergebung städtischer Aemter anzuerkennen. Der neue Bürgermeister, der erst seit wenigen Wochen, oder, um genau zu sein, seit dem 1. Januar dieses Jahres sein Amt bekleidet, erfreut sich bereits der ernsten Unterstützung aller Newyorker Zeitungen, die vorher gegen seine Wahl waren, und der „Newyork Herald", einer der größten Gegner der Tammany Hall Clique, hat bereits eine Bewegung eingeleitet, um die Ernennung des Mr. Gaynor zum demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaft zu sichern.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Ausschreitungen der Straßenbahner in Philadelphia.

Die Ausständigen unter den Straßenbahnangestellten in Philadelphia haben im ganzen 297 Wagen zerstört. Der Bürgermeister hat eine Verordnung gegen die Erneuerung der Unruhen erlassen und es sind 3000 Polizeibeamte speziell für die Aufrechterhaltung der Ordnung eingestellt worden. Insgesamt sind bisher 100 Personen verhaftet worden.

Halle und Umgebung.

Halle, den 22. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 21. Februar.

Am Magistratstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Steckner, Justizrat Föhring, Baumeister Gygas und Fabrikant Greßler.

Eingegangen ist eine Petition betreffend die Regulierung der Richard Wagnerstraße. Sie wird dem Referenten Herrn Sto. Emmer übergeben. Weiter liegt ein Schreiben des Herrn Göldner, Leipzigerstr. 76,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100222010/fragment/page=0002

vor, der darlegt, daß der Preis von 200 Mk. für den Quadratmeter, der ihm für das von seinem Neubau zur Straße entfallende Land gezahlt werden soll, viel zu gering sei; er selbst habe 30 Prozent beim Erwerb mehr bezahlt. Durch ein Prozeßverfahren würden der Stadt nur unnütze Kosten verursacht, die doch die Allgemeinheit zu tragen habe.

Die Herren Stvv. Nesse, Thiele und Döhler meinen, angesichts der eigenartigen Verhältnisse empfehle sich eine nochmalige Behandlung.

Die Herren Stvv. Höschele und Stadtbaurat Lammers sind dagegen der Ansicht, daß die Sache ihren Weg gehen müsse; man dürfe den ordnungsmäßigen Beschluß nicht rückgängig machen.

Herr Stv. Gygas stellt fest, daß Herr Gödner 240 Mk. bezahlt habe. Man könne sich nur danach richten, was im allgemeinen in dortiger Gegend bezahlt worden sei. In der Nachbarschaft sei ein Preis von 125 Mk. erzielt worden. Nur hinsichtlich des Noskeschen Grundstücks, das ganz außerordentlich bei der Verbreiterung der Schlippe angeschnitten worden sei, habe man angesichts dieser besonderen Verhältnisse 276 Mk. bewilligt.

Herr Vorsteher beantragt, die Vorlage für erledigt zu erklären. Das Enteignungsverfahren werde Herrn Gödners Recht ausweisen.

Der Antrag wird angenommen.

Danach wird ein schleuniger von 15 Stadtverordneten (außer 4 Sozialdemokraten 11 Bürgerlichen) unterschriebener Antrag verlesen, der einen

Protest der Stadtbehörden
gegen die preußische Wahlrechtsvorlage

bezweckt. Der Antrag lautete:

„Das Kollegium wolle beschließen, gemeinsam mit dem Magistrat bei der Staatsregierung unverzüglich dahin vorstellig zu werden, daß das Gesetz für die Wahlen zum Abgeordnetenhause in einer der Forderungen der Zeitentsprechenden Weise abgeändert und insbesondere durch Neueinteilung der Wahlkreise den Städten der Einfluß gesichert wird, der ihrer Steuerleistung und ihrer Einwohnerzahl entspricht."

Der Antrag wird in nächster Sitzung erledigt werden.

Herr Stv. Keil und nach ihm Herr Stv. Knabe referieren über die

Besoldungsvorlagen.

Es werden folgende Gehälter festgesetzt. (Die fettgedruckten Ziffern bezeichnen die endgültigen Beschlüsse.)

Technische Beamte:

Bauinspektoren und Oberingenieure für Tiefbau 5500 bis 7500 Mk., bisher 5100—7200 Mk. Magistratsantrag 5500—8000 Mk.

Vermessungsinspektor 4000—6000 Mk., bisher 3600 bis 5760 Mk. Magistratsantrag 4000—6000 Mk., Etatsausschuß 3600—5760 Mk.

Heizungsingenieur 3600—5700 Mk. (wie bisher). Magistratsantrag 4000—6000 M.

Stadtbaumeister 4000—6000 Mk., bisher 3600—5700 Mark. Magistratsantrag 4000—6000 Mk., Etatsausschuß ebenso.

Ingenieur für Gas- und Wasserwerke 3600—5700 Mk., bisher dasselbe. Magistratsantrag 4000—6000 Mk.

Landmesser 3000—4500 Mk., bisher dasselbe. Magistratsantrag 3200—4800 Mk.

Die ersten Bauassistenten 2700—4500 Mk., bisher 2700 bis 4200 Mk. Magistratsantrag 2900—4700 Mk., Etatsausschuß 2700—4500 Mk. Ein Antrag auf 3000—4800 Mk. wird mit 30 gegen 22 Stimmen abgelehnt, der Magistratsantrag mit 28 zu 28 Stimmen, wobei die Stimme des Vorstehers im negativen Sinne den Ausschlag gibt.

Zweiter Ingenieur der Gas- und Wasserwerke 2700 bis 4200 Mk., bisher dasselbe. Magistratsantrag 2900—4700 Mark, Etatsausschuß 2700—4200 Mk.

Wegemeister 2400—4200 Mk., bisher 2400—3900 Mk. Magistratsantrag 2600—4400 Mk., Etatsausschuß 2400 bis 4200 Mk.

Zweite Bauassistenten 2400—4200 Mk., bisher 2400 bis 3600 Mk. Magistratsantrag 2600—4400 Mk. Etatsausschuß 2400—4200 Mk.

Assistent der Vermessungsabteilung, technischer Betriebsassistent des Elektrizitätswerks, Betriebsführer der Gasanstalt I 2400—4200 Mk., bisher 2400—3600 Mk. Magistratsantrag 2600—4400 Mk., Etatsausschuß 2400—4200 Mk.

Maschinenmeister des Pumpwerks I, des Schlachthofs, des Theaters 2400—3800 Mk., bisher 2400—3600 Mk. Magistratsantrag 2600—4400 Mk.

Materialienverwalter 2000—3300 Mk., bisher 1800 bis 3150 Mk. Magistratsantrag 2100—3600 Mk.

Technischer Sekretär 2400—4200 M., bisher 2400—3600 Mark. Magistratsantrag 2600—4400 Mk.

Leitungskontrolleure und Kabelnetzaufseher 1900—3100 Mark, bisher 1800—3000 Mk. Magistratsantrag 2000 bis 3300 Mk.

Wassermesserkontrolleur, Rohrmeister, Gasmeister, Maschinenmeister des Pumpwerks II 1800—2800 Mk., bisher 1700—2600 Mk. Magistratsantrag 1900—2900 Mk.

Polizei-Bauingenieure 3400—5200 Mk., bisher 3200 bis 5000 Mk. Magistratsantrag 3400—5200 Mk.

Brandinspektor 4100—5600 Mk., bisher 3900—5100 Mk. Magistratsantrag 4200—5800 Mk.

Brandmeister 2900—4400 Mk., bisher 2700—4200 Mk. Magistratsantrag 3000—4800 Mk.

Volontär-Brandmeister 2000 Mk., bisher 1800 Mark. Magistratsantrag 2000 Mk.

Feuerwehrfeldwebel 2000—3200 Mk., bisher 1800—3000 Mark. Magistratsantrag 2000—3200 Mk.

Oberfeuerwehrmann 1600—2300 Mk., bisher 1500—2100 Mark. Magistratsantrag 1700—2400 Mk.

Feuerwehrmänner 1300—1900 Mk., bisher 1200—1700 Mark. Magistratsantrag 1300—1900 Mk.

Garteninspektor 4000—5500 Mk., bisher 3500—5000 Mark. Magistratsantrag 4000—6000 Mk.

Obergärtner 2000—3300 Mk., bisher 1800—3000 Mk. Magistratsantrag 2000—3500 Mk.

Schlachthofstierarzt 3300—4800 Mk., bisher dasselbe. Magistratsantrag 3500—5000 Mk.

Schlachthofoberaufseher 2000—3200 Mk., bisher 1800 bis 3000 Mk. Magistratsantrag 2000—3200 Mk.

Hallenaufseher 1600—2200 Mk., bisher 1500—2100 Mk. Magistratsantrag 1700—2300 Mk.

Desinfektor 1700—2300 Mk., bisher 1500—2100 Mk. Magistratsantrag 1700—2600 Mk.

Inspektor der Straßenreinigung 2700—4200 Mk., bisher 2500—4000 Mk. Magistratsantrag 2800—4600 Mk.

Aufseher der Straßenreinigung 1600—2500 Mk., bisher 1500—2400 Mk. Magistratsantrag 1700—2600 Mk.

Eichmeister 1800—3000 Mk., bisher 1700—3000 Mark. Magistratsantrag 1900—3100 Mk.

Friedhofsverwalter 1600—2500 Mk., bisher 1500—2400 Mark. Magistratsantrag 1600—2500 Mk.

Einzelstellen:

Stadtarzt 10 000 Mk., bisher dasselbe. Magistratsantrag dasselbe.

Schularzt 9000 Mk., bisher dasselbe. Magistratsantrag dasselbe.

Magistratsassessor 3800—5200 Mk., bisher 3600 Mk. Magistratsantrag 4000—6000 Mk.

Oberpolizeiinspektor 6000—7500 Mk., bisher 5500—7000 Mark. Magistratsantrag 6000—8000 Mk.

Direktor des Elektrizitätswerks 10 000 Mk., wie bisher. Magistratsantrag dasselbe.

Direktor der Gas- und Wasserwerke 10 000 Mk., wie bisher. Magistratsantrag ebenso.

Schlachthofdirektor 5000—6800 Mk., bisher dasselbe. Magistratsantrag 5400—7000 Mk.

Direktor des statistischen Amts 4500—6000 Mk., bisher 4500—6000 Mk. Magistratsantrag 5000—7000 Mk.

Direktor des Nahrungsmittel-Untersuchungsamts 4500 bis 6000 Mk., bisher dasselbe. Magistratsantrag 5000 bis 7000 Mk.

Wissenschaftlicher Assistent des Nahrungsmittel-Untersuchungsamts 2400 Mk., bisher 1200 Mk. Magistratsantrag 2400 Mk.

Museumsdirektor 4000—6000 Mk., bisher 3600 Mk.

Bureaudirektor 4400—6000 Mk., bisher 4000—5600 Mk. Magistratsantrag 5000—7000 Mk.

Stadtrentmeister 3200—5000 Mk., bisher 2700—4500 Mark. Magistratsantrag 3500—5500 Mk.

Herr Stv. Emmer regt an, daß man auch für diejenigen, die nicht im Beamtenverhältnis stehen, die aber die Stadt nötig gebraucht (technische Hilfskräfte usw.) Normen und Aufbesserungen schaffen möge. Es empfehle sich, eine solche Vorlage mit der Aufbesserungsvorlage betreffend die Arbeiter einzubringen.

Damit wird die Besoldungsvorlage hinsichtlich der städtischen Beamten für erledigt erklärt, ebenso die dazu eingegangenen Petitionen.

Ueber die Vorlage zur

Aufbesserung der Lehrer

referiert Herr Stv. Bangert, indem er des Näheren darlegt, aus welchen Faktoren das Lehrereinkommen sich zusammensetzt. Für das Kollegium käme, nachdem der Provinzialschulrat die Mietsentschädigung festgesetzt habe, abgesehen von den Amtszulagen, nur noch die Ortszulage in Betracht.

Das Schulkuratorium habe eine Ortszulage von 600 Mk. beantragt, und damit hätte sich die Lehrerschaft recht zufrieden erklärt, daß eine Ortszulage gewährt werden müsse, sei für die Städte ja an sich selbstverständlich, wenn man sich tüchtige Lehrkräfte erhalten und nicht eine Abwanderung aufs Land erleben wolle. Der Magistrat habe dann aber den Beschluß stark eingeschränkt und statt 600 Mk. Ortszulage nur 450 Mk. beschlossen. Redner, der im einzelnen die Entwicklung der Vorlage darzulegen beginnt, wird durch Zurufe unterbrochen: „Das gehört nicht zum Referat". Er bricht erregt ab und schließt: Ich unterbreite dem Kollegium den Antrag des Etatsausschusses, **nur 450 Mark Ortszulage** zu bewilligen.

Herr Stv. Meyer (am Pressetisch nur ab und zu verständlich) bedauert den Beschluß des Etatsausschusses außerordentlich; die Lehrer, deren Gehaltsregulierung schon vor langer, langer Zeit auf der Tagesordnung stand, kommen jetzt zuletzt dran. Das ist höchst seltsam. Früher hätte niemand daran gedacht, den Lehrern weniger als 500 Mk. zu geben. Und doch bestand damals die Gefahr, daß unserer Stadt die Staatszuschüsse ganz verloren gehen; und zum andern war noch von keinem Anschluß der Mittelschulen an die Alterszulagekasse die Rede. Der Anschluß ist vollzogen und die Staatszuschüsse sind uns auch in beträchtlicher Höhe geblieben.

Und angesichts solcher Verhältnisse, angesichts der Tatsache, daß unserer Kommune eine wesentliche finanzielle Hilfe geworden ist, bringt man es fertig und streicht den Lehrern, gegenüber der früheren Absicht, von den Alterszulagen 50 Mk.?

Wie stimmt das mit der Wertschätzung der Lehrer, von denen noch unlängst in diesem Saale der Referent sagte: „Die Lehrer erfüllen ideale Aufgaben, während die Beamten mehr schematisch arbeiten"? Jetzt hat man den Beamten gegeben und den Lehrern will man nehmen.

Herr Stv. Kühme findet die Haltung des Etatsausschusses, der erst über die Magistratsvorlage hinausging und dann seinen Beschluß rückgängig machte, unerklärlich. Er stellt sich im wesentlichen auf Herrn Meyers Standpunkt.

Herr Bürgermeister v. Holly: Das Verhalten des Magistrats ist nicht von rein fiskalischen Interessen diktiert. Wir haben es den Lehrern nicht mißgönnt, als Schuldeputation und Etatsausschuß ihnen höhere Sätze genehmigten. Aber wenn den Lehrern gegeben wurde, durfte den städtischen Beamten nicht genommen werden. Man mußte mit gleichem Maß messen. Es ist gesagt worden, die Beamten haben ja erst 1907 eine Aufbesserung erfahren. Ja das trifft auch auf die Lehrer zu. Von 1200 Mk. Grundgehalt haben wir sie 1907 auf 1400 Mk. gebracht. Wir haben zur Aufbesserung der städtischen Beamten 1907 etwa 112 000 Mk. aufgewendet und 130 800 Mk. für die Lehrer. Beide Beamtenklassen stehen in der Gesamtsumme der Gehälter im Etat gleich, etwa 1 700 000 Mk. für jede Kategorie. 1908 sind die Lehrer wieder um 98 000 Mk. aufgebessert infolge der gesetzlichen Bestimmungen. Jetzt haben wir das Jahr 1910; da wollen wir die Lehrer und Beamten in gleicher Weise erhöhen, jede Klasse um 170 000 Mk., d. i. um 10 Prozent, denn 1 700 000 Mark beträgt ja die Gesamtsumme der Gehälter für jede Kategorie. Die Stadtverordneten haben für die Beamten diese Summe um rund 55 000 Mk. gekürzt; wie können sie da, indem sie über die Magistratsvorlage um 50 Mk. bei der Ortszulage hinausgehen wollen, den Lehrern noch 10 000 Mark extra zuwenden wollen? Der Magistrat steht über den Parteien, der darf so etwas, was sich nicht mit der Gerechtigkeit verträgt, nicht zulassen.

Seit 1907 sind (einschließlich 1910) für die Aufbesserung der städtischen Beamten 235 000 Mk., für die Aufbesserung der Lehrer 394 000 Mk. in Halle aufgewendet worden.

Das macht für die Lehrer ein gewaltiges Plus. Noch mehr sie bevorzugen, ist nicht vereinbar mit unserm Begriff von Gerechtigkeit. (Lebhaftes Bravo!)

Herr Stv. v. Blume stellt fest, daß Halle auch nach der jetzigen Neuregelung der Gehälter der städtischen Beamten **erheblich hinter Erfurt zurückstehe.** Der Standpunkt des Magistrats, daß man aus diesem Grunde nun auch die Lehrer auf ein so knappes Maß setzen müsse, sei nicht überzeugend.

Herr Bürgermeister v. Holly: Es sieht so aus, als ob es doch auf die 10 000 Mk., die jene erhöhte Ortszulage ausmacht, nicht ankomme. O, es kommt sehr darauf an, da wir ja unsere Steuern an sich schon um 4 Prozent erhöhen müssen. Was die uns von Herrn Meyer vorgerechneten Summen anlangt aus den Staatsbeihilfen und dem Anschluß der Mittelschulen an die Alterszulagekassen, so sind diese günstigen Umstände im Etat schon mit berücksichtigt. Und wenn Sie jetzt bei den Beamtengehältern 54 000 Mk. abgestrichen haben, so haben auch die schon ihre Bestimmung: sie dienen zum Ausgleich der Mehrausgaben bei den Provinzialsteuern, die um 1½ Prozent erhöht werden müssen und für uns 47 000 Mk. austrägt. Wir tun, was notwendig ist; den Beamten gegenüber ist das geschehen, und den Lehrern gegenüber ist das immerhin eine sehr hübsche Stellung, wenn wir ihnen 450 Mark Ortszulage geben.

Nach weiterer Debatte, auf die wir, soweit sie bei der Unruhe des Hauses am Berichterstattertisch verständlich war, im Abendblatt zurückkommen, wurde die

Ortszulage von 450 Mk.

beschlossen; nur 9 Stimmen waren für 500 Mk.

Es war ¾9 Uhr, als die Sitzung abgebrochen wurde. Alle übrigen Punkte der Tagesordnung (bis auf eine Petition) wurden vertagt.

Literarische Gesellschaft

Gestern abend stand einer von den jüngeren, weniger bekannten Dichtern am Vorlesetisch, der Schlesier Paul Keller. Durch seine feinsinnige und geschmackvolle Halbmonatsschrift „Der Guckkasten" hat er sich in kurzer Zeit überall bestens eingeführt. Die Persönlichkeit des Dichters selber vermochte diesen guten Eindruck bestens zu verstärken. Ein sympathischer Mann in seinen besten Schaffensjahren, gutmütig und mit viel Innerlichkeit, ein Poet, der mit ganzer Kraft in der Heimat, in der Natur wurzelt. Die belebte Natur und ein warmer, lebenskluger Humor, das ist der Grundton seines Dichtens. Von den Prosastücken, die Keller gestern abend im bunten Wechsel gewandt vortrug, war eine Studie von der Hallig besonders poesievoll und wirksam. Eine lustige, originelle Skizze von zwei Verlobungen in absentia am Weihnachtsabend löste viel Fröhlichkeit und herzlichen Beifall bei den zahlreichen Zuhörern aus.

In der Abendnummer noch einiges über den Dichter und seine Gaben. p. s.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.

In der letzten Sitzung sprach zunächst Herr Prof. Dr. Baumert über: Einiges aus dem Gebiete der gerichtlichen Chemie unter Vorführung von Lichtbildern, welche den mikroskopischen und spektroskopischen Nachweis von Blut und Blutflecken veranschaulichen. Während frische Blutspuren durch den mikroskopischen Nachweis der roten Blutkörperchen leicht erkannt werden können, gelingt dies bei älteren oder durch äußere Einflüsse veränderten Blutflecken nicht mehr. In solchen Fällen kann der Nachweis des Blutes auf mikrochemischem Wege, durch die Darstellung der Häminkristalle ebenfalls mit voller Sicherheit geführt werden. Leider versagt aber auch dieses Verfahren nicht selten, namentlich bei Blutflecken an rostigen Werkzeugen, Waffen und dergl. Der gerichtliche Sachverständige muß sich dann darauf beschränken, den charakteristischen roten Blutfarbstoff, das Oxyhämoglobin und seine Umwandlungsprodukte mittels des Spektralapparates nachzuweisen. Ein solcher wurde den Anwesenden in der mikroskopischen Anordnung des Spektroskopes von Schmidt und Hänsch gezeigt, und mittels desselben wurden die Absorptionsspektren normalen und vergifteten Blutes vorgeführt. Unter den im Verlaufe des Vortrages vorgeführten Lichtbildern (Blutkörperchen des Menschen und verschiedener Tiere, Blutkristalle usw.) befanden sich auch 2 Fingerabdrücke von Verbrechern. Die feine Zeichnung derselben, die sog. Papillarlinien, ist für jede Person charakteristisch und wird daher zur Ermittelung bestimmter Personen, auch im Polizeidienst, mit Erfolg verwendet. Den zweiten Vortrag hielt Herr Dr. Japha über die Behaarung der Wale. Bei den Walen ist bekanntlich das wärmende Haarkleid durch eine mächtige Speckschicht ersetzt, aber am Kopfe sind bei allen Walen eine Anzahl kurzer und kräftiger Haare vorhanden, die sämtlich als stark innervierte Tasthaare ausgebildet sind und bei der Nahrungssuche eine Rolle spielen dürften. Während die Bartenwale bis 80 solcher Haare aufweisen, besitzen die meisten Zahnwale nur 4—16 davon, nur die wenigen in schlammigen Flußwasser lebenden Formen zeigen wieder eine größere Anzahl. Der Vortragende, der auf verschiedenen Walfangstationen gearbeitet hat, spricht an der Hand von zahlreichen Abbildungen und Präparaten eingehend über den Bau und die Bedeutung dieser Sinnesorgane. Zum Schluß zeigte Herr Pritsche ein Buntfarben-Stereogramm, eine Gruppe von Zimmerpflanzen darstellend, und referierte außerdem über das vorliegende Werk „Achsenbilder flüssiger Kristalle" von D. Vorländer und H. Hauswaldt. Die Verfasser zeigen an der Hand von 80 prächtigen Mikrophotogrammen, daß die flüssigen Kristalle in ihren Grundformen einachsig sind und in konvergenten polarisiertem Lichte Interferenzfiguren ergeben, die mit den Achsenbildern einachsiger fester Kristalle übereinstimmen. Ferner lassen sich flüssige Kristalle winkelförmig knicken unter Bildung von einachsigen Doppelkristallen, die mit festen Zwillingsplatten identisch sind. Die Größe des Knickwinkels läßt sich annähernd ermitteln.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 24. d. M., pünktlich 8½ Uhr in den oberen Räumen des Reichshofes statt. Angemeldet sind 2 Vorträge: Prof. Dr. Scupin: „Ueber Verteilung von Wasser und Land in der Kreidezeit" und Prof. Dr. Brandes: „Ueber die Vorhersage der Temperatur auf lange Zeit hinaus in bestimmten Gegenden. Gäste sind willkommen.

Der Wagen auf der Straße.

M. Das Kammergericht hatte sich mit der Auslegung einer Polizeiverordnung zu beschäftigen, welche das Aufstellen von Wagen auf Straßen verbietet.

B. hatte etwa 20 Minuten einen Wagen auf der Straße stehen lassen, um eine Mittagsmahlzeit einzunehmen. B. betonte, sein Wagen habe die Straße keineswegs versperrt, zwei Wagen hätten bequem durch die Straße fahren können. In Uebereinstimmung mit dem Schöffengericht sprach die Strafkammer B. frei, da der Wagen des Angeklagten den Wagenverkehr auf der Straße nicht gehindert habe; jedes Aufstellen von Wagen auf Straßen könne nicht als strafbar angesehen werden. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wurde aber die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die Straf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100222010/fragment/page=0003

kammer zurückgewiesen, indem u. a. ausgeführt wurde, nach § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes gehöre es zu den Aufgaben der Polizeibehörde, für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen Sorge zu tragen.

An und für sich sei daher die Polizeiverordnung gültig; sie wolle aber nur verhüten, daß Wagen längere Zeit auf der Straße stehen sollen, ohne daß es erforderlich sei. Wenn jemand eine Mittagspause mache und während der Pause seinen Wagen auf der Straße stehen lasse, so dürfe man damit rechnen, daß durch den auf der Straße stehenden Wagen der Verkehr gehindert werde.

Provinzial-Nachrichten.

Mord aus Eifersucht.

).(**Ohrdruf**, 21. Febr. Zwischen Ohrdruf und Hohenkirchen wurde in der vergangenen Nacht der 42jährige verheiratete Maurer Robert Keysner aus Hohenkirchen auf entsetzliche Weise ermordet. Der Mörder, der seinem Opfer mehrere Revolverschüsse beibrachte und ihm die Kehle durchschnitt, ist der verheiratete Gelegenheitsarbeiter Adlung aus Wölfis. Er ist geständig und will aus Eifersucht gehandelt haben.

Ueber diese grauenvolle Tat wird uns von unserem Ohrdrufer h-Korrespondenten noch gemeldet:

Es ist richtig, was der Mörder behauptet, daß er die Tat aus Eifersucht ausgeführt hat. Der Ermordete hatte seit langer Zeit ein intimes Verhältnis mit der Frau des Adlung. Adlung wagte es aus Furcht vor der physischen Kraft des Keysner nicht, den Zerstörer seines Familienglücks zur Rede zu stellen. In letzter Zeit fiel es auf, daß Adlung wiederholt Drohungen ausstieß, deren Sinn jedoch dunkel war, daß niemand an die Ausführung dieser Mordgedanken ernstlich denken konnte. Gestern morgen zwischen 9 und 10 Uhr kam Adlung plötzlich in die Kantine des Militärübungsplatzes in Ohrdruf und erzählte den dort anwesenden Gästen mit der größten Seelenruhe, nachdem er sich einen Schnaps bestellt hatte: „Ich habe ihn kalt gemacht." Auf die verwunderte Frage der Gäste, was das zu bedeuten habe, erklärte er noch einmal in ruhigem Tone: „Ich habe ihn kalt gemacht. Ich habe Keysner, nachdem er die Kiesgrube, wo er beschäftigt war, verlassen hatte, zwei Revolverschüsse von hinten in den Rücken gejagt, und als der Angeschossene die Frage an mich richtete, was willst du denn von mir, habe ich ihm noch zwei Revolverkugeln in den Leib gejagt. Als auch das noch nicht hinreichte, nahm ich mein Dolchmesser und schnitt dem auf dem Boden Liegenden die Kehle durch."

Die Zuhörer in der Kantine, die im ersten Augenblick glaubten, es mit einem Irren zu tun zu haben, forschten nun eingehend nach dem Tatorte. Adlung aber machte jedem Zweifel ein Ende, indem er den Revolver auf den Tisch warf und das blutbefleckte Messer aus der Tasche zog. Dann trank er ruhig den letzten Rest seines Schnapses aus, ging nach Hause, um, wie er sagte, noch seinen 5 Kindern zu sehen. Dann wollte er zu Fuß nach Gotha gehen, um der Staatsanwaltschaft von dem Mord Mitteilung zu machen. Bis gestern abend ist Adlung noch nicht in seine Wohnung zurückgekehrt.

Schachtunglück.

Hain bei Kleinfurra, 21. Febr. In der Nacht gegen 11 Uhr vom Sonnabend zu Sonntag ereignete sich auf dem Schacht Immenrode ein folgenschweres Unglück, durch das drei Personen schwer verletzt wurden.

Die Arbeiter Schuchardt aus Wernrode, Patze aus Rüxleben und Rennebach aus Kleinbernbten waren mit dem Legen von Sprengschüssen beschäftigt, die vorzeitig losgingen. Schuchardt erkannte die Gefahr noch im letzten Augenblick und floh, die Hände über den Kopf haltend: er hat Fleischwunden am Rücken erlitten. Patze erhielt schwere Verletzungen am Kinn und am Bein. Rennebach wurde von den Salzmassen vollständig verschüttet, aus dem Gestein schaute nur noch ein Fuß hervor. Er wurde sofort ausgegraben, dürfte aber nicht mit dem Leben davonkommen.

Alle drei wurden ins Krankenhaus „Bergmannstrost" nach Halle gebracht.

Großfeuer.

Mansfeld, 19. Febr. Vergangene Nacht kurz nach 1 Uhr brach in dem am Güterbahnhof gelegenen, dem Kaufmann H. Opel hier gehörigen großen Lagerschuppen Feuer aus, das infolge der vorgefundenen reichen Nahrung schnell um sich griff und das ganze Gebäude in kurzer Zeit vollständig einäscherte, sodaß jetzt nur noch einige Mauerreste davon stehen. In dem Schuppen lagerten beträchtliche Mengen Kunstdünger, Getreide und allerlei Futterartikel, außerdem große Vorräte an Heizmaterialien, welche alle ein Raub der Flammen geworden sind. Außer den im Kontor befindlichen Geschäftsbüchern konnte nichts gerettet werden.

Der große in Brand geratene, ca. 4500 Zentner enthaltende geschichtete Brikettthaufen entwickelt eine ungeheure Glut und es werden mehrere Tage vergehen, ehe diese Glut erlischt. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt, doch vermutet man, daß es durch Selbstentzündung der Kohlen entstanden sein könnte. Der durch den Brand angerichtete Schaden beläuft sich auf ungefähr 45 000 Mark, welcher teilweise durch Versicherung gedeckt ist.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug.

Leipzig, 21. Febr. Als gestern abend kurz nach sechs Uhr ein Streckenwärter auf der Linie Berlin-Leipzig den Bahnkörper abschritt, bemerkte er, daß auf dem Einfahrtsgleise von Berlin bei Modau in Höhe der Konsumbäckerei ein großer Steinhaufen aufgeschichtet war. Es gelang ihm noch, die Steine wegzuräumen, kurz bevor der Zug 6 Uhr 24Min. von Berlin mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometern in der Stunde das Gleis passierte. Vermutlich handelt es sich um einen schlimmen Bubenstreich.

Heute vormittag begab sich Polizeirat Dix mit mehreren Beamten und der Polizeihündin Lene an den Tatort und verfolgte die einzelnen Spuren. Die betreffende Stelle befindet sich aber so nahe an der belebten Bahnhofsstraße, daß es wohl schwer sein wird, ein gutes Resultat zu erzielen. Das bisherige Ergebnis wurde noch nicht bekannt gegeben.

(=) **Schönebeck**, 20. Febr. (Von Zuhältern überfallen.) In der Nacht zum Sonntag wurde der Polizeisergeant Aischer, als er eine Prostituierte festnehmen wollte, von mehreren Zuhältern umringt und hinterrücks durch einige Messerstiche, von denen einer die Lunge getroffen haben soll, schwer verletzt. Nachdem ihm zwei Aerzte einen Notverband angelegt hatten, wurde er von Mitgliedern der Sanitätskolonne in das städtische Krankenhaus geschafft. Der Täter, dessen Name bekannt ist, war bis jetzt noch nicht aufzufinden.

)(**Altenburg**, 21. Febr. (Der Ballon „Thüringen", der am Sonntag vormittag 9 Uhr 50 Minuten vom Gelände hinter der Gasanstalt mit vier Insassen aufstieg, landete um 5 Uhr 5 Min. nach guter Fahrt glatt bei Roebel am Müritzsee in Mecklenburg. Vor der Abfahrt unternahmen der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg, die am Aufstiegsplatz anwesend waren, eine Fahrt im Fesselballon.

Vermischtes.

Neue Alpenbahnen in Bayern.

In der letzten Zeit sind einige bedeutende Projekte, Bahnbauten in den oberbayerischen Bergen, ihrer Verwirklichung näher gerückt. Drei Linien sind gesichert. Alle sind für das bayerische Hochland von weittragender Bedeutung.

Die Bahn auf den Wendelstein wurde vom Prinzregenten bereits genehmigt. Es soll mit dem Bau dieser ersten Bergbahn Deutschlands nächstens begonnen werden. Die Eisenarbeiten werden voraussichtlich von der Firma Krupp in Essen geliefert. Die Wendelsteinbahn wird größtenteils als Zahnradbahn gebaut und elektrisch betrieben. Der Bau soll an mehreren Stellen zugleich mit 800 Arbeitern begonnen werden.

Die neue Bahn Schliersee-Bayrischzell ist gesichert. Die Grunderwerbung ist ebenso wie die Finanzierung der Bahn günstig geregelt, so daß der Bau im März begonnen werden soll.

Ein drittes großartiges Projekt ist die sog. Mittenwalderbahn — sie führt von Garmisch zur Grenze und erhält von österr. Seite Anschluß nach Innsbruck. Während in Bayern schon mit dem Bau begonnen wurde, soll die österr. Linie nicht vor Herbst 1912 fertig werden, da sieben große Viadukte und 18 Tunnels, darunter der 936 Meter lange Martinswald-Tunnel zu bewältigen sind. Die Linie München-Innsbruck über Mittenwald ist dann um 12 Kilometer kürzer (160 gegen 172 Kilometer) als die über Kufstein. Direkte Schnellzüge sind in Aussicht genommen.

Absturz. Auf einer Urlaubsreise nach Tirol ist bei Arco der Leutnant von Prittwitz und Gaffron vom Berge Tovo abgestürzt und tödlich verunglückt. Es handelt sich um den Leutnant Hans Helmut von Prittwitz und Gaffron vom 1. Garde-Feldartillerie-Regiment, der vor etwa vierzehn Tagen nach Tirol beurlaubt worden ist und sich die letzten Tage im Deutschen Offiziersgenesungsheim in Arco aufhielt.

Schwere Gasexplosion. In Mülheim a. d. Ruhr entstand auf der Friedrich-Wilhelmshütte in einem Hochofen eine schwere Gasexplosion. Ein Arbeiter wurde getötet, ein zweiter schwer verletzt. Mehrere Arbeiter wurden leichter verletzt.

Eine Fabrik in Flammen. Die Maschinen- und Werkstättenanlage der Firma Balke u. Co. A.-G. in Hochsteden ist durch ein großes Schadenfeuer vollständig zerstört worden. Der durch Versicherung größtenteils gedeckte Schaden beträgt über ¼ Million Mark. Der Brand dauert fort.

Beim Fischfang ertrunken. Der Tischler Szelokgowski aus Dziekanowice bei Gnesen und sein 13jähriger Sohn fuhren mit Schlitten zum Fischfang auf den zugefrorenen See hinaus. Auf einer dünnen Stelle brachen beide ein und ertranken.

Schweres Automobilunglück. Auf der Lilienthaler Chaussee in der Nähe von Bremen ereignete sich ein schweres Automobilunglück. Ein mit fünf Personen besetztes Auto versuchte ein Fuhrwerk auf der Chaussee zu überholen und fuhr dabei in einen mit Wasser gefüllten Graben. Von den Insassen wurde der Kaufmann Fritze und Frau aus dem Wagen geschleudert. Beide kamen mit leichteren Verletzungen davon, während die beiden Chauffeure und der Schwiegersohn des Kaufmanns Fritze, Rittergutsbesitzer von Haspe, schwere Verletzungen und Gehirnerschütterungen davontrugen.

Eine Familientragödie hat sich in der Erasmusstraße 12 in Charlottenburg abgespielt. Dort wohnt der 30 Jahre alte Dreher Johannes Hermann mit seiner 26 Jahre alten Frau und zwei Töchtern im Alter von drei und zwei Jahren. Auch die Mutter der Frau H. hat bei ihrem Schwiegersohn Wohnung genommen. H., der schwindsüchtig und deshalb lebensmüde war, öffnete in der Nacht zum Sonntag während der Abwesenheit der Frau und Schwiegermutter die Gashähne, um sich und seine Kinder zu töten. Während ihm dies Vorhaben bei seinen Kindern gelang, blieb er selbst am Leben.

Mißstände in einem Irrenhause. In Rom wurden schwere Mißstände in einem Irrenhause entdeckt. In einem Abteil wurden den Kranken mit Nägeln gefüllte Brote verabreicht, in den Suppenkessel wurden vor der Verteilung Mäuse und Ratten sowie schmutzige Lappen mit Haarbüscheln geschmuggelt. Die Schuldigen sind dem Strafgerichte eingeliefert.

Eine Grabschändung unter besonders grauenerregenden Umständen wurde in dem entlegenen Gebirgsdorf Cefin (Wales) ausgeführt. Auf dem dortigen Merthyr-Friedhof liegt in einem kostbaren Mausoleum die im Oktober 1902 dort beigesetzte Gattin des Kohlenmagnaten Sir William Thomas Lewies. In dunkler Nacht wurden unter dem Tohen und Heulen eines furchtbaren Orkans von unbekannten Leichenschändern die schweren eichenen Pforten des Mausoleums gesprengt, der Marmordeckel vom Sarkophag gehoben, der Sarg geöffnet und die Leiche halb herausgezerrt, so daß der Kopf und die Schultern entblößt waren. Dann muß die Räuber, welche offenbar nach Juwelen suchten, plötzlich Grausen erfaßt haben, da sie unter Zurücklassung ihrer Instrumente ohne Beute entflohen. Erst am folgenden Morgen entdeckte man die Schandtat. Lewis hat eine hohe Belohnung auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Von den neuen „siamesischen Zwillingen". Mit lebhaftem Interesse verfolgt die englische Aerztewelt den Werdegang der neuen „siamesischen Zwillinge", die seinerzeit in Brighton geboren wurden. Die Zwillinge haben soeben ihren dritten Geburtstag gefeiert und es scheint, daß die Bande, die sie unlösbar miteinander verknüpfen, ihre Gesundheit und ihr kindliches Glück nicht beeinträchtigen. Dr Rooth, der seit ihrer Geburt die Pflege überwacht, gibt einen interessanten Bericht über die Zwillinge. „Es geht den Kindern ausgezeichnet", so schreibt der Mediziner, „ihre Größe entspricht völlig ihrem Alter. Beide zeigen für ihre Jahre eine bemerkenswerte Intelligenz und sie plaudern viel und eifrig miteinander. Sie spielen wie alle Kinder, zanken sich und versöhnen sich. Ihre Bewegungsfähigkeit ist viel größer, als ich bei den besonderen Umständen erwartete, dagegen sind ihre Versuche, zu stehen, nicht sehr erfolgreich. Als Stütze dient ihnen ein hölzernes Gerüst, durch das sie später hoffentlich erlernen werden, selbst ihr Gleichgewicht zu halten. Aber ich fürchte, daß das Gehen für sie immer mit großer Anstrengung verknüpft sein wird." Violet und Daisy, wie die beiden Zwillinge getauft wurden, haben wie alle Kinder ihres Alters eine leidenschaftliche Vorliebe für leckere Süßigkeiten. Jedes der beiden kleinen Mädchen hat seinen Teddybär, mit dem es sich belustigt. Die Zahnentwicklung hat sich völlig normal vollzogen.

Letzte Nachrichten.

Zur Reise des Prinzen und der Prinzessin Eitel Friedrich.

H. **Kiel**, 21. Febr. Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich werden ihre Reise, während der sie die „Hohenzollern" nach Palästina führt, auch auf Aegypten ausdehnen.

Die Reichswertzuwachssteuer.

□ **Frankfurt a. M.**, 21. Febr. (Privattelegramm.) Wie der „Frankf. Ztg." aus Berlin gemeldet wird, wird die Reichswertzuwachssteuer, die nach einer Bestimmung der Reichsfinanzreform zum ersten Male 1912 eingeführt sein muß, dem Reichstage noch in dieser Session zugehen.

Neue Demonstrationsversamm'ungen.

H. **Frankfurt a. M.**, 21. Febr. Der hiesige sozialdemokratische Verein richtete einen Aufruf an die Bürger und Arbeiter, in dem scharf gegen das Vorgehen der Polizei am letzten Donnerstag abend protestiert wird. Um die Behauptung der Behörden zu entkräften, daß an den Demonstrationsversammlungen meistens Radaulustige teilgenommen hätten, sollen am Mittwoch nachmittag 4 Uhr während der Arbeitszeit öffentliche Versammlungen einberufen werden, zu denen die Arbeiter in geordneten Massen zu erscheinen haben.

Vom eigenen Sohn erschlagen.

H. **Bielefeld**, 21. Febr. In Westrup bei Kahden i. W. wurde ein 66jähriger Arbeiter beim Dreschen von seinem geisteskranken Sohn angefallen und mit dem Dreschflegel erschlagen.

Grausige Bluttat eines Soldaten.

H. **Neumünster**, 21. Febr. Der Musketier Bachmann der 3. Kompagnie des 163. Infanterieregiments erschien heute morgen kurz nach 6 Uhr bei seinem Feldwebel mit einem blutigen Messer und teilte mit, daß er die 18jährige Dienstmagd Marie Linck getötet habe. Der Feldwebel verständigte die Kriminalpolizei, die die Wohnung des Dienstgebers der Magd durchsuchte. Dort fand man das Mädchen im Blute schwimmend auf. Die Pulsadern beider Hände waren durchschnitten und die Herzwandung geritzt. Neben dem Bette lag ein Zettel von der Linck an ihre Mutter. Darauf standen die Worte: „Liebe Mutter, verzeihe mir, ich sterbe aus freiem Willen."

Annahme des Budgets in der französischen Kammer.

H. **Paris**, 21. Febr. In der heutigen Vormittagssitzung der französischen Kammer bekämpfte Jaurès die Forderungen im Budget für die schwarzen Truppen und beantragte Zurückverweisung dieser Forderungen an die Kommission. Kriegsminister General Brun, sowie die Deputierten Doumer und Berteau traten für das Budget ein, das mit 451 gegen 101 Stimmen angenommen wurde. Die Kammer bewilligte sodann mit 399 gegen 33 Stimmen einen ersten Kredit von 2½ Millionen Franks für die Schutztruppe.

Eröffnung des englischen Parlaments.

(Die Thronrede.)

H. **London**, 21. Febr. Die englische Thronrede, mit welcher das Parlament durch den König eröffnet wurde, hatte an einzelnen Stellen folgenden Wortlaut: Meine Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten sind fortgesetzt die freundschaftlichsten. Die Einführung der neuen Regierung in Südafrika erfolgt Ende Mai. Während der Zeit bis dahin wird die neue Regierung gebildet. Hierauf tritt das neue Parlament zusammen. Ich werde meinen Sohn, den Prinzen von Wales, im Herbst eine umfassende Reise nach den südafrikanischen Kolonien unternehmen lassen, um in Meinem Namen die erste Tagung des südafrikanischen Parlaments zu eröffnen und auch in Meinem Namen und in dem des Kaiserreichs dem Parlament unsere Wünsche für die Ausdehnung und das Wohlergehen der Bevölkerung zu übermitteln. Das Budget für das neue Rechnungsjahr wird rechtzeitig eingebracht werden. Ersparnisse sind notwendig. Die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung, speziell der Marine erfordern bedeutende Mehrausgaben.

Griechische Flottenmanöver.

H. **Athen**, 21. Febr. Um die Flotte zu beschäftigen, hat die Regierung dem Admiral Hiaulis den Befehl erteilt, mit 3 Kreuzern und 8 Torpedobooten längere Zeit andauernde Manöver im Aegäischen Meer zu vollführen. In allernächster Zeit wird zur Flotte des Admirals Hiaulis auch der soeben in Livorno von der Orlandowerft übernommene neue Kreuzer „Georg Averow" stoßen. Die griechische Uebernahmekommission, bestehend aus den Marineoffizieren und Ingenieuren Wriakos, Leontopulos, Grumbas und Metridas, ist voll des Lobes über das neue Kriegsschiff, das den Namen des bekannten griechischen Patrioten führt, dessen Generosität den Ankauf des Schiffes ermöglicht hat. Der „Georg Averow" war ursprünglich für Italien selbst bestimmt und hatte auch schon den Namen „Pisa" erhalten.

Furchtbarer Sturm.

H. **Christiania**, 21. Febr. Nach einem Telegramm aus Stamsund in den Lofoten hat dort ein furchtbarer Schneesturm gewütet, der die in den Schären liegenden und mit Fischerei beschäftigten Fischerboote auf das Meer hinaus trieb. Bis jetzt wurden vier Fischerboote und fünf Leichen an Land geworfen. Man befürchtet weitere Unfälle.

Unterhaltungsblatt.

Rosen-Felix. Originalroman von Walter Schmidthäßler. (Forts.) — Vernünftige Menschen. Eine Geschichte von Martin Feuchtwanger. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100222010/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 212, Diskonto 196,10, Deutsche Bank 257,12, Berliner Handelsgesellschaft 180,70, Dresdner Bank 165,75, Russische Anleihe von 1902 91,37, Türkenlose 178,50, Lombarden 22,75, Kanada 180,90, Baltimore 105,50, Laurahütte 185,37, Bochumer Guss 245,37, Gelsenkirchen 216, Harpener 205,25, Deutsch-Luxemburg 216,25, Phönix 219,10, A. E.-G. 263,12, Siemens & Halske 238,12, Hamburger Paketfahrt 137,87, Nordd. Lloyd 105,87, Grosse Berliner Strassenbahn 186,25. Tendenz: Befestigt.

Am Kassamarkt notierten höher: Akt.-Ges. f. Verkehrswesen 2,25, Adler Fahrradfabrik 1,40, Aluminium-Ind.-Ges. 2,25, Kappel Maschinen 2, Vogtländische Masch. 2,50, Bayerische Zellulose 2,80, Glashüttenwerk Adlerhütte 2, Planiawerke 1,60, Fröbell Zucker 2, Glauzig Zucker 3, Zellstoffverein 2, Böse Akkumulatoren 2,50, Mannesmannröhren 3,50, Sächs.-Thüring. Braunkohlen 1,50; niedriger: Façonschmiede 3,25, Kirchner & Co. 2, Lübecker Maschinen 2,25, Schönebeck Metall 4, Elberfelder Farben 5, Riedel 2,75, Deutsche Gasglühlicht 17,50, Deutsche Spiegelglas 2,50, Rhein. Möbelstoff 2, Bank für Bergbau 2,50, Bismarckhütte 12,75, Concordia Bergbau 3,25, König Wilhelm A. Pr. 7, Witten Stahlröhren 2.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 21. Febr. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 101,80bG. 4% Bayrische Staats-Anl. 101,80G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 102,10G. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —,—. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 93,50bB. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 95,10G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 1916 100,60G. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 100,70B. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 100,50B. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —,—. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 1919 —, ,—. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 101,60G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. 87.20G. 4½% Deutsche Solvay-Werke —,—,—. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 104,20G. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 101,60bG.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 21. Februar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	—	Hugo	4800	5000
Alexandershall	10,200	10,600	Immenrode	5650	5850
Beienrode	6300	6800	Johannashall	4250	4500
Burbach	14,100	14,700	Justus I	117	118
Carlsfund	7100	—	Kaiseroda	9000	9300
Cecilienhall	—	—	Krügershall-Akt.	118	120
Desdemona	8500	8900	Ludwigshall	108	109
Dtsch. Kali-Akt.	139	141	Neustassfurt	13,500	—
Deutschland	4700	4900	Reichskrone		
Friedrichshall	101	103	(Lossa)	1250	1350
Glückauf			Roland	—	—
Sondershausen	17,800	18,500	Ronneberg (Akt.)	124	126
Günthershall	4800	5000	Rothenberg	2700	2800
Hann. Kali-Akt	—	—	Sachsen-Weimar	5700	5800
Hansa	3800	4000	Schieferkaute	—	—
Hattorf Vorz.-A.	—	—	Siegfried I	5700	5800
Heldburg	83	84½	Sigmundshall	178	180
Heldrungen I	2600	2700	Teutonia-Akt.	123	126
Heldrungen II	2600	2700	Wilhelmshall	12,500	13,000
Hermann II	—	—	Wintershall	15,000	15,500
Hohenfels	8000	8200			
Hohenzollern	5000	5200			

Der Verband Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler teilt folgendes mit:

Am 12. Februar fand in Düsseldorf auf Anregung des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser eine Besprechung zwischen den Vertretern des Verbandes Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler und des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser zwecks eventueller Beseitigung von Differenzen statt, die zwischen den Mitgliedern beider Verbände bestehen. Nach eingehender Eröterung wurde in Erwägung gezogen, dass zwischen den beiderseitigen Verbandsmitgliedern an den einzelnen Orten Verhandlungen darüber gepflogen werden sollen, bez. welcher Artikel event. einheitliche Verkaufspreise festgelegt werden können. Hieran würden sich dann Verhandlungen zwischen beiden Verbänden zwecks Regelung dieser Frage anschliessen. Der am nächsten Tage stattfindenden Vorstandssitzung des Verbandes Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler sollen diese Erörterungen zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Der Verband Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler nahm in seiner Gesamtvorstandssitzung am 13. Februar 1910 von der Vorbesprechung mit dem Warenhausverbande über eventuelle gemeinsame Festsetzung von Verkaufspreisen und Freigabe der Fabrikanten für das Warenhaus Kenntnis. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, dass der Verband als Förderer und Vertreter des soliden Handels im Papier- und Schreibwarenfach es mit Freuden begrüssen wüde, wenn sich die Warenhäuser von den bisher vielfach geübten und sie selbst schädigenden Schleudereien in Zukunft fernhalten wollten. Da jedoch hierfür leider jeglicher Beweis fehle, sei der Verband Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler heute leider noch nicht in der Lage, mit den Warenhäusern Hand in Hand zu gehen. Zudem erachtet derselbe die Festlegung der Verkaufspreise nach dem Vorschlage des Warenhausverbandes durch örtliche Vereinbarungen als undurchführbar, wie er auch bei etwaiger Festlegung gemeinsamer Verkaufspreise die Hinzuziehung der Fabrikanten für unerlässlich hält. Der Verband sieht als erste Grundlage für den Warenhausverband an, auf seine Mitglieder dahin zu wirken, dass festgelegte Verkaufspreise streng eingehalten werden und erachtet es aus diesem Grunde als unbedingt notwendig, an alle Fabrikanten das wiederholte Ersuchen um Festlegung einheitlicher Verkaufspreise für ihre Erzeugnisse zu richten, soweit dies nicht durch Schaffung von Markenartikeln möglich ist. Der Verband würde es mit Freuden begrüssen, wenn die Mitglieder des Warenhausverbandes die erstrebte Gesundung im Schreibwarenfach praktisch zur Durchführung brächten und ihm dadurch die Möglichkeit geboten würde, in weitere Verhandlungen einzutreten.

Koburg-Gothaische Kreditgesellschaft. Der Aufsichtsrat beschloss, die Verteilung von 5 Proz. Dividende pro 1909 (wie in den Vorjahren) vorzuschlagen.

Die Greppiner Werke Akt.-Ges. erzielte im Jahre 1909 nach Abschreibungen von 70 763 (103 569) Mk. einen Ueberschuss von 181 725 (181 569) Mk., aus dem eine Dividende von wieder 10 Proz. zur Ausschüttung gelangen soll. Nach dem Geschäftsbericht hat die Förderung und der Verkauf von Rohkohle gegen das Vorjahr eine kleine Erhöhung erfahren. Der übernommene Vorrat und die Fabrikation von Briketts konnte bis auf einen geringen Rest vor Jahresschluss abgesetzt werden: der Verkauf lässt jedoch seit dieser Zeit bei dem Ausbleiben eines anhaltenden Winters schon viel zu wünschen übrig.

Billige Kohlen. Der „Köln. Volksztg." zufolge werden in Süddeutschland englische Nusskohlen zu 216,50 Mk. pro Tonne, also um 5,40 Mk. unter den Preisen der Ruhrnusskohlen, angeboten.

Ein Kartell sämtlicher deutschen Gläubigerschutzverbände ist, wie der „Konfektionär" mitteilt, in der Bildung begriffen.

Leipziger Werkzeug-Maschinenfabrik vorm. W. v. Pittler in Leipzig. Dank flotter Beschäftigung erhöhte sich laut Bericht der Direktion im verflossenen Geschäftsjahre der Gewinn auf 690 985 (609 406) Mk., wozu noch 23 288 (19 284) Mk. Zinsen und 40 684 (37 579) Mk. Vortrag kommen, während für Unkosten 163 438 (150 529) Mk., für Abschreibungen 57 511 (101 687) Mk. und für Abschreibungsreserve auf Neubau und Neueinrichtungen weitere 100 000 (0) Mk. in Abzug zu bringen sind. Die mit 20 Proz. in Vorschlag gebrachte Dividende erfordert 280 000 (240 000) Mk.

Konsolidiertes Braunkohlenbergwerk „Caroline" bei Offleben. Das Unternehmen erzielte nach Abschreibungen von 325 399 (326 023) Mk. einschliesslich des Vortrages von 73 926 (41 464) Mark einen Ueberschuss von 606 092 (612 051) Mk., aus dem eine Dividende von 30 Proz. gleich 408 060 Mk. auf das 1 360 200 Mk. betragende Aktienkapital (wie i. V.) gezahlt werden soll. Auf neue Rechnung werden 74 883 Mk. vorgetragen. Nach dem Geschäftsbericht war der Absatz an Rohkohlen erschwert, da fast sämtliche Kohlen konsumierenden Industrien in gleichen Zeitfristen wie sonst weniger Kohlen gebrauchten. Für das begonnene neue Geschäftsjahr dürfte auf Grund der bereits getätigten und noch in Aussicht stehenden Abschlüsse in Kohlen und Briketts ein den Zeitverhältnissen entsprechend befriedigendes Resultat zu erwarten sein.

Harzburger Aktiengesellschaft. Aus Braunschweig wird geschrieben: Die Gesellschaft, der das bekannte Aktienhotel, Kurhaus usw. in Bad Harzburg gehört, erzielte in 1909 einen Gewinn von 106 433 (108 539) Mk., woraus nach Abschreibungen von 24 617 (25 679) Mk. 5 Proz. Dividende mit 45 000 Mk. verteilt, sowie Sonderabschreibungen mit 14 938 (21 819) Mk. und Rückstellung auf Neuanlagen mit 6606 (3000) Mk. vorgenommen werden sollen.

Im Konkurse der Wagenfabrik Alwin Darr in Eisenach steht eine Abschlagsverteilung von 20 Proz. bei 158 000 Mk. Passiven bevor.

Zum Konkurse der Holzhandlung Julius Brühl jun. in Charlottenburg. Gestern fand die erste Gläubigerversammlung statt, in der zahlreiche Gläubiger erschienen waren. Konkursverwalter Aschheim erstattete Bericht über die Sachlage und die Entstehung des Falliments. Er wies darauf hin, dass die bedeutenden Wechseltransaktionen mit der Kommanditgesellschaft Kurt Vallentin und die dieser Firma gewährten Kredite die äussere Veranlassung zum Konkurse geboten haben. Schliesslich bezeichnete er die Aussichten als sehr ungünstig und stellte eine Dividende von nur ca. 2¼ Proz. in Aussicht. Soweit bisher festgestellt werden konnte, betragen die Verbindlichkeiten ca. 1¼ Mill. Mk., ihnen stehen an Aktiven ca. 100 000 Mk. gegenüber.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 21. Febr. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 226,00 228,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländischer 161,00 - 161,50 ab Bahn und frei Mühle. Hafer. märkisch, mecklenburger, pomm., preuss., posenscher u. schlesischer fein 173 bis 180. mittel 167—172. gering 162—166, russischer und Donau mittel 156 - 162, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed 156 - 159, türkischer mixed — — —, runder 155,00 160,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 142,00 bis 149,00, gute 150 - 160, russische und Donau leichte 131,00 - 135,00 schwere 136—143 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 162—169, Taubenerbsen 170—182 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 27,50—30,50. Roggenmehl 0 u. 1 19,60—21,70. Weizenkleie 11,50—12,50. Roggenkleie 11,50 bis 12,10 Mark.

Magdeburg, 19. Febr. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen, englischer und Sommer-, ruhig, gut 215—220. Kolben Sommer- gut 224—234, Rauh- gut 208 218. Roggen, inländ. matt, gut 155 - 160. Gerste, flau, hies. Chevaliergerste gut 162 - 170, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 155—163, ausländische Futtergerste stetig, gut 130 bis 133. Hafer ruhig, inländ. gut 165—170. Mais fest, runder gut 156 160 M.

Hamburg, 21. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen still, Ostholst Mecklbg., 185—226. Roggen still, Mecklburg. und Pomm. 160—166, Gerste ruhig, südruss. 115—116. Hafer ruhig, Mecklenburger 166 bis 178,00. Mais ruhig, La Plata 121—122.

Pest, 21. Febr. Weizen still. per April 13,83G., 13,84 B., per Mai 13,64 G., 13,65 B., per Okt. 11,43 G., 11,44 B. Roggen per April 9,39 G., 9,41 B., per Okt. 8,44 G., 8,45 B. Hafer per April 7,40 G., 7,41 B. Mais per Mai 6,53 G., 6,54 B.

Antwerpen, 21. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Febr. 6,00, April 5,95, Juni 5,85, Aug. 5,77½, Okt. 5,67 Fr. Umsatz 130,000 kg. Behpt.

Zucker.

Hamburg, 21. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends	
per Februar	13,40	13,45	13,35	Mk.
„ März	13,47½	13,45	13,37½	„
„ Mai	13,50	13,52½	13,45	„
„ August	13,67½	13,67½	13,62½	„
„ Oktober	11,42½	11,40	11,37½	„
„ Dezember	11,25	11,25	11,22½	„
	stetig	ruhig	stetig	

Magdeburg, 21. Febr. Kornzucker 88% ohne Fass 13,35 - 13,50, Nachprodukte 75% ohne Sack 11,20 11,40. Fest. Brodraffinade I, ohne Fass 23,50—23,62, Kristallzucker I. mit Sack —,—, Gemahlene Raffinade mit Sack 23,25 - 23,37. Gemahlene Mehlis mit Sack 22,75 bis 22,87. Stetig. Rohzucker 1. Produkt. trans. frei an Bord Hamburg per Febr. 13,40 G., 13,47 B., März 13,42 G., 13,47 B., April 13,47 G., 13,52 B., Mai 13,52 G., 13,57 B., August 13,70 G., 13,72 B., Sept. , G., —,— B., Oktober 11,37 G., 11,45 B., Oktober-Dezember 11,27 G., 11,30 B., Jan.-März 11,37 G., 11,42 B. Ruhig.

Kaffee.

Hamburg, 21. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	36¼ G.	36¼ G.	36¼ G.
„ Mai	36¾ G.	36½ G.	36¾ G.
„ September	36¾ G.	36½ G.	36¾ G.
„ Dezember	36½ G.	36¼ G.	36½ G.
	ruhig	ruhig	ruhig

Rio de Janeiro, 21. Febr. Kaffee-Zufuhren 11,000 Sack in Rio 6,000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 21. Febr. Kartoffelmehl u. -Stärke 19,75—20,25. Feuchte Stärke 10,10.

Magdeburg, 21. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,00—21,50.

Spiritus.

Nordhausen, 21. Febr. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 85,50—86,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,50—96,50 M. per loko und Januar 1910. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—105 l) 85,75—86,75 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,75—96,75 M. per Januar-September 1910 ohne Fass ab Brennerei.

Eier.

Berlin, 21. Febr. Eier pro Schock, vollfrische ausländische —,— bis —,—, in- und ausländische bessere Sorten 3,70—4,10, in- und ausländische geringere Sorten 3,60—3,65, zweite Sorten — —, Kühlhauseier —,—, Kalkeier —,—, kleine Eier 2,95—3,05 Mark. Ruhig.

Heu, Stroh usw

Halle, 21. Febr. [Bericht über Heu u. Stroh, mitgeteilt von Otto Westphal]. Preise für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier. Die Partienpreise sind fett, die Fuhrenpreise sind in Klammern gesetzt. Roggen-Langstroh (Handdrusch) Fuhrenpreis 3,50. Maschinenstroh für Papierfabriken Roggenstroh 2,00 und Weizenstroh 1,90, zu Streuzwecken (2,50—2,80), Breitdrusch (2,65 - 3,00). Wiesenheu, hiesiges oder Thür., beste Sorten ohne Angebot, gute fremde Sorten 4,50 4,60 (4,75—5,00). Kleeheu, erster Schnitt, beste Sorten ohne Angebot, minderwertige Sorten ohne Angebot. Torfstreu, in 200 Ztr.-Lad., trockene Ware knapp, frei Bahn hier 1,25, in einzelnen Ballen vom Lager hier 1,80 Mark. Häcksel, gesund und trocken, bei Partien, frei Bahn hier 2,90, im einzelnen vom Lager hier 3,50 M.

Fettwaren und Oele.

Butter, Schmalz, Speck. (Originalbericht von Gebr. Gause.) Berlin, 19. Febr. Butter: Die Marktlage ist unverändert wenig befriedigend. Der Konsum bleibt schwach und ist keine Kauflust vorhanden, so dass selbst billigere Offerten keine Berücksichtigung finden. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 130—132 Mk., do. IIa Qualität 128—130 Mk. — Schmalz: Infolge mangelnder Zufuhren waren die Preise für lebende Schweine in Amerika lebhaft steigend und im Zusammenhang damit mussten auch die Preise für Schmalz und Fleisch folgen. Der Konsum zeigt hier zwar eine Besserung, ist aber immer noch erheblich geringer als im Vorjahre. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 71½72 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 74 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 73—77 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 74—77 Mk. — Speck: Nachfrage schwach.

Köln, 21. Febr. Rüböl loko 60,00, per Mai 59,50.

Hamburg, 21. Febr. Stadtschmalz 73,00, amerik. Steam 63,50, Chamberlain 65,50.

Chemische Produkte.

Hamburg, 21. Febr. Chilisalpeter per loko 8,70, Febr.-März 8,90 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 21. Febr. Baumwolle still. Upl. loko middl. 74,25 Pfg.

Liverpool, 21. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 14,62.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	21.2.	19.2.	Chicago.	21.2.	19.2.
Weizen p. Mai	122	121¾	Weizen p. Mai	114	114
„ „ Juli	112⅞	112¼	„ „ Juli	105⅛	104¾
Mais p. Mai	75⅜	75⅛	Mais p. Mai	66⅛	66¾
„ „ Juli	76⅜	76½	„ „ Juli	67⅛	67⅝
Mehl Spring clears	4,60	4,60	Hafer p. Mai	47⅛	47⅛
Kaffee Fair Rio Nr. 7	8,12	8,12	„ „ Juli	44⅛	44⅛
„ p. Febr.	6,95	7,00	Roggen p. Mai	80	80
„ p. März	6,95	7,00	Schmalz p. Mai	12,75	12,72
Petroleum in Cases	10,30	10,30	„ „ Juli	12,70	12,70
do. in New York	7,85	7,85			
do. in Philadelphia	7,85	7,85			

Tendenz: Weizen willig. Mais willig.

Schiffsnachrichten

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Die Hamburg-Amerika-Linie meldet: Nordamerika: Bosnia 18. Febr. 8 Uhr 35 Min. morgens auf der Elbe. Nicomedia 17. Febr. 5 Uhr nachm. von New Orleans nach Hamburg. — Westindien, Mexiko, Südamerika: Dacia 17. Febr. 1 Uhr 45 Min. morgens Cuxhaven pass. Kronprinzessin Cecilie 17. Febr. 4 Uhr nachm. in Santander. Macedonia 17. Febr. Fernando de Noronha pass. Nicaria 18. Febr. 1 Uhr 15 Min. morgens Cuxhaven pass. Niederwald 16. Febr. in Colon. Odenwald 17. Febr. 7 Uhr 30 Min. abends in Hamburg. Rugia 17. Febr. 5 Uhr nachm. von Oporto. — Ostasien: Alesia 17. Febr. von Malta nach Port Said. Belgravia 17. Febr. 9 Uhr 15 Min. abends von Cuxhaven nach Algier. Brasilia 17. Febr. 6 Uhr morgens von Singapore nach Colombo. Cheruskia 17. Febr. in Djibouti. Sambia 17. Febr. nachm. von Shanghai nach Kobe. Saxonia 17. Febr. in Hongkong. Segovia 16. Febr. morgens von Shanghai nach Kobe. Spezia 17. Febr. in Singapore. — Verschiedene Fahrten: Cincinnati 17. Febr. 12 Uhr mittags in Genua. Meteor 17. Febr. 7 Uhr morgens in Galata. Parthia 17. Febr. in Port Said.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Schnelldampfer Bremen—New York: Kaiser Wilhelm der Grosse 15. Febr. 5¾ Uhr nachm. in Bremerhaven. — Mittelmeer-Linie: Berlin 17. Febr. 11 Uhr vorm. von Genua. — New York-, Baltimore- und Galveston-Linien: Main 16. Febr. 4 Uhr nachm. in Baltimore. Prinzess Irene 17. Febr. 4 Uhr vorm. in New York. George Washington 17. Febr. 11 Uhr nachm. in New York. Rhein 15. Febr. 4½ Uhr nachm. Lizard pass. Cassel 17. Febr. 10 Uhr nachm. Borkum-Riff pass. — Australien-Linie: Bremen 16. Febr. 12 Uhr nachts in Sydney. Königin Luise 17. Febr. 5 Uhr nachm. in Colombo. Gneisenau 17. Febr. 12 Uhr mittags in Antwerpen. — Ost-Asien-Linie: Bülow 18. Febr. 7 Uhr vorm. von Antwerpen. Derfflinger 17. Febr. vorm. von Port Said. Prinz Eitel Friedrich 16. Febr. 10 Uhr von Penang. Yorck 17. Febr. 5 Uhr nachm. in Shanhai. Lützow 17. Febr. 9 Uhr nachm. in Nagasaki. Prinzeß Alice 18. Febr. 11 Uhr vorm. in Singapore. Kleist 16. Febr. 10 Uhr nachm. in Suez. Prinz Ludwig 15. Febr. 3 Uhr nachm. von Southampton. — La Plata-Linie: Borkum 16. Febr. in Rio de Janeiro. Sigmaringen 17. Febr. Funchal pass. Göttingen 16. Febr. in Antwerpen. — Cuba-Linie: Wittenberg 16. Febr. Eastbourne pass. — Brasilien-Linie: Bonn 17. Febr. von Funchal. Erlangen 14. Febr. in Buenos Aires. Halle 15. Febr. in Rio de Janeiro. Crefeld 17. Febr. von Antwerpen. — Mittelmeer—Levante-Dienst: Therapia 17. Febr. in Genau. Skutari 18. Febr. in Konstantinopel. — Alexandrien-Linie: Schleswig 16. Febr. 3 Uhr nachm. von Marseille. Prinz Heinrich 16. Febr. 2 Uhr nachm. von Alexandrien. Austral—Japan-Linie: Prinz Sigismund 16. Febr. 10 Uhr nachm. von Brisbane. Prinz Waldemar 16. Febr. 8 Uhr vorm. in Kobe. — Mittelmeerfahrt 1910: Grosser Kurfürst 8 Uhr vorm. in Cadiz.

Dampferexpeditionen ab Bremerhaven vom 20. bis 26. Febr. 1910: Kaiser Wilhelm der Grosse 22. Febr. nach New York über Southampton-Cherbourg. Hannover 24. Febr. nach Baltimore. Goeben 24. Febr. nach Ostasien. Prinz Friedrich Wilhelm 26. Febr. nach New York über Southampton-Cherbourg. Aachen 26. Febr. nach Brasilien. Thüringen 26 Febr. nach Australien.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	20. Febr.	+1,11	21. Febr.	+1,12	—	1
Nebra, Oberpegel	„	+2,38	„	+2,24	14	—
„ Unterpegel	„	+2,12	„	+2,04	8	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,62	„	+2,76	—	14
„ Unterpegel	„	+1,02	„	+1,48	—	46
Trotha	20.	+2,46	21.	+3,00	—	54
Alsleben, Oberpegel	20.	+2,58	21.	+2,63	—	5
„ Unterpegel	„	+2,20	„	+2,23	—	3
Bernburg	„	+1,86	„	+2,18	—	32
Kalbe, Oberpegel	„	+1,81	„	+1,93	—	12
„ Unterpegel	„	+1,70	„	+2,04	—	34

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	Febr.		Fall	Wuchs		Febr.		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	20.	+0,05	—	—	Wittenberg	21.	+2,23	—	—
Laun	„	+0,14	1	—	Rosslau	„	+1,62	1	—
Budweis	„	+0,05	—	5	Barby	„	+2,09	—	6
Prag	„	—	—	—	Schönebeck	„	+1,97	3	—
Pardubitz	„	+0,30	—	—	Magdeburg	„	+1,68	—	6
Brandeis	„	+0,36	—	1	Tangermde.	„	+2,60	4	—
Melnik	„	+0,27	—	2	Wittenbrge.	„	+2,50	7	—
Leitmeritz	21.	+0,36	—	3	Dömitz	20.	+2,14	11	—
Aussig	„	+0,56	—	3	Boizenburg	„	+2,11	0	—
Dresden	„	—0,87	—	1	Hohnstorf	21.	+2,23	8	—
Torgau	„	+1,27	—	1	Lauenburg	„	+2,24	8	—

Aussig, 21. Febr. Pegelstand plus 56 cm. Vom Oberlauf werden 38 cm Wuchs gemeldet.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Polckow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1910022010/fragment/page=0005

Berliner Börse, 21. Febr. 1910

Die Rubrik in Cursschreiben gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.Jan. 4.Apr. 1.Jul. 1.Okt. 1.1.7. 1.4.10. 15.3.9. 15.6.12. 15.9.12. 1.Jan. 1